

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Bevölkerung erreicht zehn Millionen

Im Juni hat die Bevölkerung Ozeaniens die zehn Millionen Grenze erreicht. Das gab Dr. Gerald Haberkorn, Leiter des Statistikbüros beim „Secretariat of the Pacific Community“ (SPC), bekannt. Das Bevölkerungswachstum im Pazifik sei ungebrochen, erklärte Haberkorn. Jährlich wächst die Bevölkerung um 188.000 Menschen. Wenn es so weiter gehe, lebten in 35 Jahren über 20 Millionen Menschen in der Region, sagte Haberkorn. Nach Angaben des SPC lebten 1970 noch vier Millionen Menschen im Pazifik, 1990 waren es schon sechs Millionen und zur Jahrtausendwende acht Millionen.

Heute verteilt sich die Bevölkerung wie folgt: 8,8 Millionen Menschen leben in Melanesien, davon allein sechs Millionen in Papua-Neuguinea. 668.000 Menschen leben in Polynesien und 564.000 in Mikronesien. Die Inseln mit dem größten Bevölkerungswachstum sind aufgrund hoher Geburtenzahlen Guam (+ 2,7 %), die Salomonen (+ 2,7 %) und Vanuatu (+ 2,6 %). In einigen Staaten sinkt jedoch die Bevölkerung, vor allem in Niue (- 2,3 %) und Tokelau (- 0,2 %), weil die Einwohner nach Neuseeland auswandern.

Die Geburtenzahl pro Frau hat sich in den letzten Jahrzehnten verkleinert. Bekamen die Frauen vor rund 40 Jahren statistisch gesehen noch zwischen sieben und acht Kindern, sind es heute durchschnittlich nur noch vier. Nur in acht pazifischen Staaten haben die Frauen mehr als vier Kinder. (*Islands Business Juni 2011, PIR 23.06.11*)

Wissenschaftler bewerten Wiederbesiedlung positiv

Ein Team amerikanischer Wissenschaftler hat nach einer vierwöchigen Vor-Ort-Prüfung das Atoll Rongelap als „wiederbesiedlungsfähig“ eingestuft. Dr. Terry Hamilton und seine Kollegen vom kalifornischen „Lawrence Livermore National Laboratory“ hatten gemeinsam mit Mitarbeitern von „Pacific Operational International“ und der Besatzung des Forschungsschiffes „Windward“ im Auftrag der amerikanischen Energiebehörde „Department of Energy“ (DOE) die Situation auf Rongelap untersucht. Die Wissenschaftler nahmen rund 1.000 Proben aus Flora und Fauna, die im Labor auf den Grad ihrer radioaktiven Verstrahlung getestet werden sollen. Außerdem untersuchten sie die auf Rongelap ansässigen Handwerker und Techniker auf gesundheitliche Schäden. Mit einem mobilen Detektor fertigten sie zudem so genannte „Verstrahlungskarten“ an; das sind geographische und topographische Karten, die die Höhe der Radioaktivität abbilden.

Dr. Hamilton erklärte, aufgrund dieser mehrwöchigen Untersuchung werde auch das „Rongelap Atoll Local Government“ (RALGov) unter Leitung von Bürgermeister James Matayoshi zu der Überzeugung gelangen, dass die Besiedlung von Rongelap ungefährlich sei.

Bereits seit den späten 1990er Jahren laufen von der DOE durchgeführte Dekontaminierungsmaßnahmen auf dem zu den Marshallinseln gehörenden Atoll. Die Rongelapesen mussten ihre Heimat 1954 verlassen, als ihr Atoll vom radioaktiven Fall-out der auf dem Nachbaratoll Bikini getesteten amerikanischen Atom-bombe „Bravo“ verstrahlt wurde. Die bereits 1957 erfolgte erste Wiederbesiedlung des verstrahlten Atolls scheiterte an der gesundheitlichen Situation. Die Menschen litten dermaßen an Strahlenkrankheiten, dass sie 1985 vom Greenpeace-Schiff

„Rainbow Warrior“ nach Kwajalein evakuiert wurden. Bis heute leben die Rongelapesen auf der zu Kwajalein gehörenden Insel Mejjatto. Nach dem Willen der US-Regierung sollen sie nun bis zum 1. Oktober 2011 in ihre alte Heimat rückgesiedelt werden. Die Rongelap-Siedlung auf Mejjatto soll danach aufgelöst werden.

Dort wurden seit Mitte 2000 die Bemühungen zur Wiederurbarmachung der Insel verstärkt. Ein Hafen wurde angelegt, Straßen gebaut, eine Trinkwasseraufbereitungsanlage installiert und eine kleine Klinik gebaut. Neun Wohnhäuser sind bereits fertiggestellt, weitere 40 sollen in den nächsten Monaten vollendet werden. Dazu befindet sich bereits seit Monaten ein Team von Handwerkern auf dem Atoll.

Das DOE hat dem RALGov ab Oktober zwei Strahlenschutzexperten versprochen, die auf Rongelap leben und dort ständige Messungen durchführen sollen. In Kooperation mit der Lokalregierung hat die Energiebehörde auch einen Anbau- und Ernteplan entwickelt, bei dem sich angeblich die radioaktive Verstrahlung der Gartenerzeugnisse auf ein gesundheitlich unbedenkliches Maß beschränken soll. Durch den Einsatz kaliumhaltiger Düngemittel könne man die Aufnahme des radioaktiven Caesiums in den Körper durch den Verzehr von Obst und Gemüse abmildern, hieß es seitens der DOE: Die Menschen auf Rongelap sollen auf Dauer unabhängig von Nahrungsmittelimporten aus Übersee werden.

Der Grund für die Eile bei der Wiederbesiedlung ist die vom amerikanischen Kongress gesetzte Deadline vom 1. Oktober 2011. Ab diesem Zeitpunkt wird die amerikanische Regierung die finanzielle und materielle Versorgung der Rongelapesen auf Mejjatto einstellen und auch keine weiteren Entschädigungszahlungen für gesundheitliche Spätfolgen mehr auszahlen.

Die Amerikaner versprechen sich mit der Wiederbesiedlung des Atolls eine weitgehende Autarkie des entwurzelten Volkes der Rongelapesen und wollen ihre Verantwortung für das Wohl der Bewohner dann an das RALGov übergeben.

Bürgermeister James Matayoshi erklärte, diejenigen, die nach Rongelap umziehen wollten, könnten dies tun. Man werde jedoch niemanden zur Umsiedlung zwingen können. (*Marshall Islands Journal 01.07.11, Seite 28, Giff Johnson: Nuclear Past- Unclear future, Majuro 2010, Kommentar Katja Göbel 01.03.2010*)

Vorreiter bei Nutzung erneuerbarer Energien

Die Cookinseln wollen bis 2015 50 % ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Bis zum Jahr 2020 wollen sie gar zu 100 % unabhängig von fossilen Brennstoffen werden. So sieht es zumindest das in diesem Jahr vorgestellte Energiekonzept der Regierung (genannt „Te Atamoā O Te Uira Natura“) vor. Das Konzept berücksichtigt dabei den aktuellen Energiebedarf aller 15 Inseln. So soll auf dem Atoll Aitutaki eine Solaranlage erbaut werden, die den Strombedarf der rund 1.900 Einwohner komplett abdecken kann. Auf Atiu soll ein Beobachtungszentrum entstehen, das Windrichtung und Windgeschwindigkeit für die Inseln im Voraus berechnen soll, um den auf der Hauptinsel Rarotonga geplanten großen Windpark optimal ausnutzen zu können.

Premierminister Henry Puna erklärte, man werde eine Vorreiterrolle bei der Nutzung alternativer Energien im Pazifik einnehmen und der Welt zeigen, dass man nicht nur über Klimaschutz rede, sondern auch handle.

Die Gelder für die Umrüstung des Inselstaates auf alternative Energien kommen von dem „Pacific Islands Greenhouse Gas Abatement through Renewable Energy

Project“ (PIGGAREP). Dieses Projekt wird zu gleichen Teilen von der „Global Environment Facility“ und dem Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen UNDP finanziert. Projektausführender ist das Sekretariat des pazifischen Umweltschutzprogramms (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, SPREP).

PIGGAREP wurde gegründet, um elf pazifische Inselstaaten bei der Umrüstung auf erneuerbare Energien zu unterstützen. Ursprünglich sollte jede Insel 360.000 US-Dollar erhalten, um Projekte umsetzen zu können. Von dieser Summe ist man nun insofern abgerückt, als dass Inseln mit teureren Projekten auch mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Die Regierungen der Inseln können zusätzlich zu den PIGGAREP-Geldern auch bei Entwicklungshilfeorganisationen in pazifischen Anrainerstaaten um finanzielle Unterstützung nachsuchen.

Info: Beim PIGGAREP-Projekt geht es darum, den Ausstoß klimaschädlicher Gase durch die Verbrennung fossiler Treibstoffe zu reduzieren und auf umweltfreundlichere Energiegewinnungsmethoden wie Solar, Wind und Geothermik umzusteigen. Ziel ist es, den Ausstoß von CO₂ bis zum Jahr 2015 um 30 % zu reduzieren. Das Projekt wirbt mit dem Slogan „Working together to renew the Pacific's future“.

(<http://www.adaptationlearning.net/project/pacific-islands-greenhouse-gas-abatement-through-renewable-energy-project-piggarep>, REEP 06.07.11, http://www.sprep.org/climate_change/piggarep/index.asp)

Weltrisikobericht bewertet Pazifikstaaten negativ

Wie hoch ist das Risiko der Gesellschaften weltweit, Opfer von Naturgefahren und Klimawandel zu werden?

Diese Frage hat der „WeltRisiko-Bericht 2011“ beantwortet, der im Juni der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das „Institut für Umwelt und menschliche Sicher-

heit“ der Universität der Vereinten Nationen in Bonn hat im Auftrag des „Bündnis Entwicklung Hilft“ den so genannten Risikowert für 173 Staaten weltweit berechnet. Mit einem Wert von 32,00 % ist demnach das Risiko für eine Katastrophe im melanesischen Inselstaat Vanuatu am größten. Auf Rang zwei liegt Tonga mit 29,08 %, auf den dritten Rang kommen die Philippinen mit 24,32 %. Die Salomonen stehen auf Platz vier (23,51 %), Osttimor auf Platz sieben (17,45 %) und Papua-Neuguinea auf Platz zwölf (15,45 %).

Das geringste Risiko weltweit haben Katar (0,02 %) und Malta (0,72 %). Deutschland belegt mit 2,96 % Rang 150.

Der WeltRisikoBericht besteht aus einem Index, einem Schwerpunktthema („Regierungsführung und Zivilgesellschaft“) und Fallbeispielen. Er zeigt, dass sich das Katastrophenrisiko immer aus zwei Komponenten zusammensetzt: 1) der Gefährdung bzw. Exposition gegenüber Naturgefahren und Klimawandel und 2) der gesellschaftlichen Vulnerabilität in Form der Anfälligkeit der Bevölkerung und ihren Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten. Katastrophen sind also nicht alleine auf meteorologische oder geologische Phänomene zurückzuführen, sondern können auch durch soziale Strukturen und Prozesse (Bildungsgrad, Ausmaß an Armut, Ernährungssituation etc.) bedingt werden.

Der WeltRisiko-Index zeigt auf einer Weltkarte auf Anhieb, wo die Wahrscheinlichkeit einer Naturgefahr besonders hoch ist. Zudem wird verdeutlicht, in welchen Ländern der Erde besondere Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Folgen auftreten können.

Info: Das „Bündnis Entwicklung Hilft“ ist ein Zusammenschluss von den fünf Organisationen Brot für die Welt, medico international, Misereor, terre des hommes und

der Welthungerhilfe zur gemeinsamen Arbeit bei Katastrophensituationen und in Krisengebieten. (<http://www.weltrisikobericht.de>, Pressemitteilung Bündnis vom 15.06.11)

USA eröffnen Botschaft in Fidschi

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben Ende Juni ihre neue Botschaft für die pazifischen Inselstaaten Fidschi, Kiribati, Nauru, Tonga und Tuvalu eröffnet. Das pazifikweit größte Botschaftsgebäude steht in Tamavua, einem Vorort der fidschianischen Hauptstadt Suva. Die Bauarbeiten hatten bereits im Juni 2007 begonnen. Zeitweise waren mehr als 500 Arbeiter mit der Errichtung des Komplexes beschäftigt.

Bei der Eröffnung erklärte der amerikanische Botschafter für die o.g. Pazifikstaaten, Steven McGann, Schutz und Hilfe für US-Bürger seien das oberste Ziel jeder amerikanischen Botschaft in der Welt. Jährlich reisten über 150.000 amerikanische Bürger in die von Suva betreuten Staaten.

Zusätzlich werde man auch noch die konsularische Verantwortung für die US-Bürger übernehmen, die eine Reise in die französischen Überseegebiete Neukaledonien, Wallis und Futuna und Französisch-Polynesien unternehmen, erklärte McGann. (*Fijilive* 21.06.11)

Mehr Totgeburten bei pazifischen Frauen

Ein Großteil totgeborener Säuglinge in Neuseeland stammt von Müttern aus pazifischen Inselstaaten. Das ist das Ergebnis einer Studie zur Säuglingssterblichkeit des Perinatalzentrums in Wellington.

Die Epidemiologin Dr. Lynn Sadler hat die Todesursachen aller totgeborenen Babys im Jahr 2009 untersucht und dabei festgestellt, dass 96 totgeborene Kin-

der von Müttern aus den Pazifikstaaten stammten. 15 Todesfälle hätten bei besserer Gesundheitsvorsorge verhindert werden können, sagte Sadler.

Die hohe Sterberate bei pazifischen Säuglingen begründete die Ärztin mit dem gesundheitlichen Zustand der Mütter. Ein Großteil der pazifischen Mütter stamme aus niedrigen sozialen Schichten, rauche und trinke übermäßig und sei extrem übergewichtig. Die Schwangerschaft einer übergewichtigen Frau sei per se eine Risikoschwangerschaft und die Kinder dickerer Frauen hätten von vornherein eine niedrigere Überlebensquote als Kinder normalgewichtiger Frauen, erklärte Sadler.

Mit Workshops und Vorsorgemaßnahmen will das Perinatalzentrum auf die hohe Quote der Totgeborenen reagieren, erklärte die Ärztin. Es sei wichtig, Frauen über die Risiken für Übergewicht und Fehlernährung aufzuklären. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und eine engmaschige ärztliche Betreuung könnten die Säuglingssterblichkeit senken. (*Radio NZ Intern.* 11.08.11)

Noni-Exporte nach China

Niue, Samoa und die Cookinseln wollen verstärkt Noni-Saft nach China exportieren. Dazu hat eine Delegation chinesischer Geschäftsleute aus Neuseeland die drei pazifischen Inselstaaten besucht.

Bereits seit zwei Jahren exportiert „Pure Pasifika Limited“ aus Niue Noni-Saft nach China. Samoa und die Cookinseln wollen noch im Herbst des Jahres in das Exportgeschäft einsteigen.

Info: Aus der Frucht des Noni-Baumes (indischer Maulbeerbaum) wird Saft gewonnen, dem gesundheitsfördernde Wirkungen nachgesagt werden. Das Einsatzspektrum reicht dabei angeblich von Diabetes über Arthritis bis hin zu Übergewicht und sogar Krebs. In der EU ist Noni nicht als Arzneimittel zugelassen.

In China boomt der Markt mit alternativen Heilmethoden. Kleinbauern auf den pazifischen Inseln erhoffen sich mit dem Noni-Export den Eintritt auf den chinesischen Markt. Der Marktführer bei Noniprodukten ist Tahitian NONI International mit Sitz in Provo, der den Vertrieb per Netzwerk-Marketing betreibt. (*Radio NZ. Intern.* 17.07.11, www.oektotest.de)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Regierungswechsel vollzogen

Papua-Neuguinea hat einen neuen Premierminister: Peter O'Neill wurde nach einigem politischen Hickhack mit 74:24 Stimmen von den Parlamentariern gewählt. Zuvor hatten einige Parlamentarier aus Ärger darüber, dass der seit Monaten lebensbedrohlich erkrankte 75-jährige Premier Sir Michal Somare nicht offiziell abgesetzt worden war, zur Opposition gewechselt und sich demonstrativ zu den Plätzen der Oppositionellen im Parlamentsgebäude von Port Moresby gestellt. Oppositionsführer Belden Namah hatte dann kurzerhand den Arbeitsminister und ehemaligen Schatzmeister O'Neill zur Wahl vorgeschlagen. Der amtierende Vize-Premier Sam Abal erhielt zwar Applaus, wurde aber nicht offiziell zur Wahl nominiert, da er wenige Tage zuvor aus seiner Partei ausgeschlossen worden war.

O'Neill wurde noch am Wahltag feierlich in sein neues Amt eingeschworen. Innerhalb von nur zwei Tagen ernannte der neue Premier auch sein Kabinett. Dabei kam es zu manchen Überraschungen, da fast die ganze alte Ministerriege ausgetauscht wurde und stattdessen ältere Politiker, die ihre Glanzzeit schon überschritten geglaubt hatten,

wieder in Ämter eingesetzt wurden. So erhielt beispielsweise der Lutheraner Bart Philemon das Ministerium für „Public Service“, nachdem er 2006 unter Somare seinen Parlamentssitz wegen Veruntreuung von Geldern verloren hatte. Byron Chan, der Sohn des ehemaligen Premierministers Julius Chan (1980- bis 1982, 1994 bis 1997), ist neuer Bergbauminister. Vizepremier und zugleich Minister für Forstwirtschaft und Klimawandel wurde Belden Namah. Als Gesundheitsminister wurde Jamie Maxtone-Graham ernannt, als Außenminister Ano Pala. Das wichtige Amt des Ministers für Handel, Wirtschaft und Industrie erhielt Charles Abel. Der neue Minister für Arbeit und wirtschaftliche Beziehungen, Martin Aini, gab unmittelbar nach seiner Ernennung bekannt, den noch gültigen Mindestlohn für einfache Angestellte im Dienstleistungssektor und Baugewerbe von 2,29 Kina pro Stunde auf 3,50 Kina erhöhen zu wollen. Die bis dato einzige Frau im Parlament, Dame Carol Kidu, taucht im neuen Kabinett unter O'Neill nicht mehr auf. Kidu war unter Somare Ministerin für ländliche Entwicklung.

O'Neill hat einen radikalen Politikwechsel angekündigt. Als erste Amtshandlung stellte er den eigens für Michael Somare angefertigten Privat-Jet „Falcon“ zum Verkauf. Außerdem gab er bekannt, zukünftig Auslandsdienstleistungen von Ministern und Regierungsbeamten kürzen zu wollen, um Gelder einzusparen.

Anschließend gab er einen Zehn-Punkte-Plan heraus mit den Zielen seiner noch knapp einjährigen Amtszeit (die nächsten Wahlen finden im Juni 2012 in PNG) statt.) So will er einen eigenen Korruptions-Beauftragten einstellen, der über alle Fälle von Nepotismus und Korruption wachen soll und dem Premier Rechenschaftsberichte vorlegen soll. Dieser Staatsanwalt soll zugleich Vorsitzender einer Anti-Korruptions-Kommission sein, die im Falle eines Falles Minister aus

ihren Ämtern entheben kann.

O'Neill sagte ebenfalls, er werde sich rund 125 Millionen Kina „zurückholen“, die dem Vorsorgefonds der Regierung (National Provident Fund) von Somare entnommen worden waren, um dubiose Projekte in einzelnen Wahlkreisen zu finanzieren.

Des Weiteren kündigte O'Neill Verbesserungen im Gesundheitssystem und bei der Infrastruktur an. Für Aufregung bei der Bevölkerung sorgte auch seine Aussage, ab dem nächsten Trimester keine Schulgebühren mehr erheben zu wollen und die Schulbildung bis zum 10. Schuljahr kostenlos anzubieten. (*Radio Australia* 03.08., 10.08.11, *Post-Courier* 04.08., 18.08.11, *ACT Now Blog* www.actnowpng.org)

Mehr Krebstote

In Papua-Neuguinea sterben unverhältnismäßig viele Menschen an den Folgen einer Krebserkrankung. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation WHO zum Auftreten von sogenannten „nicht-übertragbaren Krankheiten“ (non-communicable diseases, NCD) im melanesischen Raum. Jährlich sterben 139 Männer und ebenso viele Frauen pro 100.000 Einwohner an den Folgen von Krebs.

Die Ergebnisse der WHO-Studie waren Anfang August bei einem einwöchigen Workshop in Tongatapu (Tonga) diskutiert worden. Der für die Abteilung NCD zuständige Referatsleiter bei der WHO, Dr. Li Dan, erklärte, Hauptursache für die Erkrankungen an Lungen- und Leberkrebs sei der unverhältnismäßig hohe Konsum von Alkohol und Tabak. Hinzu kämen Übergewicht, mangelnde Bewegung und ungesunde Ernährung. Alle diese Faktoren seien einzeln zwar nicht ausschlaggebend für eine Krebserkrankung, gemeinsam könnten sie jedoch sehr wohl zu einer gewissen Tendenz führen, vor

dem 60. Lebensjahr an Krebs zu erkranken.

Dr. Thomas Vinit, Berater für sogenannte „Lifestyle-Krankheiten“ im neuguineischen Gesundheitsministerium, erklärte, der Tabakkonsum sei mit Hauptursache für Lungenkrebs. Es sei an der Zeit, noch höhere Steuern auf Zigaretten zu erheben und den Import von Tabakprodukten stark zu begrenzen. (*Post-Courier* 17.08.11, *Medical Journal of Australia* http://www.mja.com.au/public/issues/178_01_060103/nar10150_fm.html)

Gericht genehmigt Abräume

Der „National Court“ hat dem staatseigenen chinesischen Bergbaukonzern „Metallurgical Corporation of China“ (MCC) die Genehmigung erteilt, Abräume aus der Ramu-Nickel-Mine über eine 140 Kilometer lange Pipeline aus dem Minengelände in eine Raffinerie an der Basamuk Bucht bei Madang zu leiten und diese dann über ein Fallrohr in der Tiefsee zu „entsorgen“ (Engl. „Deep Marine Submarine Tailings Disposal“). Damit wurde die vor einigen Monaten von Landeignern erfolgreich gerichtlich erstrittene einstweilige Verfügung gegen die Verklappung der Abräume in der Tiefsee wirkungslos.

Der vorsitzende Richter David Cannings argumentierte zwar, er gehe davon aus, dass die Rückstände aus der Nickelmine von Chemikalien vergiftet seien und diese die Unterwasserflora und Fauna schädigen könnten, konnte aber nicht anders entscheiden, da die Regierung dem Bergbaukonzern MCC bereits die Inbetriebnahme von Pipeline und Abflussrohr gestattet hatte. Cannings argumentierte weiter, dass Projekt sei schon zu weit fortgeschritten, um es jetzt noch durch einen richterlichen Beschluss aufhalten zu können. Außerdem müsse man die nationalen Interessen von PNG berücksichtigen. Die Wirtschaft des Landes könne

durch die chinesischen Investitionen im Minengebiet einen enormen Zuwachs verzeichnen, erklärte der Richter. Ein Urteil gegen MCC würde auch das „Investitionsklima“ im Land vergiften, so der Richter wörtlich in der mehrstündigen Urteilsverkündung.

Die Rechtsanwältin der Landeignervereinigung, Frau Tiffany Nongorr, erklärte, in Berufung gehen zu wollen und eine neue einstweilige Verfügung gegen die Verklappung der Abräume zu erstreiten.

Die Entscheidung des Gerichts wird heftig im Internet diskutiert, siehe dazu vor allem der Blog von „Papua New Guinea Mine Watch“, in der regelmäßig über aktuelle Entwicklungen bei der Ramu-Nickel-Mine berichtet wird. (<http://ramumine.wordpress.com/>, *Pacific Beat* 26.07.11, *Radio Australia* 25.07., 27.07.11)

Landeigner gründen Partei

Die Anfang des Jahres gegründete Partei von traditionellen Landeignern, „Customary Land Rights Holders Party“ (Pidgin: Papa Mama Graun Pati), geht auf massiven Stimmenfang und will bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2012 60 Kandidaten für das Parlament aufstellen. Zum Vorsitzenden der Partei wurde der Rechtsanwalt Peter Donigi gewählt. Vize-Parteipräsident ist Simon Ekanda, ein Landeigner aus dem Gebiet bei Hides, in dem derzeit die Bauarbeiten für das Gasverflüssigungsprojekt LNGP laufen.

Ekanda sagte, die Partei strebe eine Verfassungsänderung an. Traditionelle Landeigner müssten mehr Mitsprache bei der Vergabe von Pachtverträgen und Landnutzungslizenzen an multinationale Konzerne bekommen. Die ursprünglichen Landbesitzer würden meist mit „Peanuts“ abgespeist und könnten nicht mehr frei über ihr Land bestimmen. (*Radio NZ Intern.* 10.08.11, http://topics.treehugger.com/topic/Papua_New_Guinea/photos)

Laptops für ländliche Regionen

Aus dem „PNG Sustainable Development Programme“ werden derzeit Schulen im ländlichen Raum unterstützt. Jeweils acht Schulen in der Western Province, drei in Sandaun und eine in den Western Highlands erhalten Laptops im Rahmen der Initiative „One Laptop per Child“ (OLPC).

Das PNG Sustainable Development Programme verwaltet die Einkünfte aus der Ok Tedi Mine, die den traditionellen Landeignern zustehen.

Die OLPC-Initiative hat das Ziel, die Armut in Entwicklungsländern mit Hilfe von Bildungscomputern zu bekämpfen. Die Philosophie des Firmengründers Professor Nicholas Negroponte geht davon aus, dass sich eine wirtschaftliche Entwicklung einer Region am nachhaltigsten über die Bildung der Bevölkerung erreichen lässt. Der nur 100 US-Dollar teure Laptop XO-1 soll den Zugang zu Wissen ermöglichen. Betrieben werden die Schülercomputer mit Solarzellen oder Akkus.

(*Radio NZ Intern.*, <http://olpc.com/>, <http://one.laptop.org/>)

BOUGAINVILLE

Ärzte ohne Grenzen zurück

Nach einer zehnjährigen Abwesenheit hat die ärztliche Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ ihre Arbeit in der autonomen Provinz Bougainville wieder aufgenommen. Seit April 2011 arbeitet ein kleines Team im „Health Center“ von Buin, ganz im Süden der Insel Bougainville.

Auf Bougainville leben ca. 200.000 Menschen, denen bis dato nur das einzige Krankenhaus in Buka auf der gleichnamigen Insel zur Verfügung stand. Auf beiden Inseln gibt es insgesamt nur zehn Ärzte, acht davon praktizieren in Buka. Bisher mussten die Bewohner aus dem

Süden Bougainvilles bis zu 15-stündige Fahrwege auf sich nehmen, um ins Krankenhaus nach Buka zu gelangen.

Schwerpunkt des „Buin Health Centre“ ist die Malaria-Prophylaxe sowie die Versorgung Schwangerer und Gebärender, da viele Frauen Risikoschwangere sind und die Geburtenzahl extrem hoch ist. Man werde Vorsorgeuntersuchungen für die Schwangeren anbieten und Kurse in Hygiene und Säuglingspflege erteilen, sagte Dr. Patricia Convent, Leiterin des Krankenhauses von Buin.

Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit in Buin konnte das Ärzteteam 1.576 Hausbesuche in den Dörfern machen, 153 Patienten stationär aufnehmen und 48 Babys entbinden.

Info: Ärzte ohne Grenzen ist der Name der deutschsprachigen Sektion der 1971 gegründeten internationalen Organisation *Médecins Sans Frontières*. Die private, unabhängige Hilfsorganisation leistet medizinische Nothilfe in Krisen- und Kriegsgebieten. Sie unterhält zwei weitere Krankenhäuser in PNG, eines in Lae (Morobe Provinz) und eines in Tari in der Southern Highlands Province. (<http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/>, *Pressemitteilung MSF* 14.07.11)

Plant China Sonderwirtschaftszone?

Bisher unbestätigten Gerüchten zufolge planen die Chinesen die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone am nördlichen Ende der Insel Bougainville samt dem Bau einer Brücke, die die Hauptinsel Bougainville mit der Stadt Buka auf der Insel Buka verbinden soll.

Bei einem Radio-Interview mit der australischen Korrespondentin Jemima Garrett erklärte der Präsident der Autonomen Provinzregierung von Bougainville (APG), John Momis, es seien tat-

sächlich kurz hintereinander zwei chinesische Delegationen vor Ort gewesen, um sich über den Standort einer möglichen Sonderwirtschaftszone schlau zu machen. Unter den chinesischen Delegierten sei auch ein Städtebau-Architekt gewesen, da die Chinesen den Bau eines neuen urbanen Zentrums am Nordrand von Bougainville erwägen. Angeblich sollen die Chinesen 480 Millionen AUS-\$ in das Projekt investieren wollen. Präsident Momis konnte diese Zahl nicht bestätigen.

Angesichts der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage von Festland-Neuguinea erklärte Momis jedoch, so ganz abwegig sei die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone auf Bougainville nicht. Damit mache man sich ein Stück weit unabhängig von den zwar versprochenen, aber noch nicht ausgezahlten Geldern aus Port Moresby. Die Erbauung eines neuen städtischen Zentrums im Norden der Insel würde auch einen touristischen Aufschwung bedeuten, erklärte Momis, der diesen Teil und den Süden der Insel Buka für landschaftlich besonders reizvoll hält.

Info: Eine Sonderwirtschaftszone ist ein geographisches Gebiet innerhalb eines Staates, in dem die Gesetzgebung in Bezug auf das Wirtschafts- und Steuerrecht anders ist als im Rest des Staates. Eingebettet in die eher lokal begrenzte Ebene nennt man sie bevorzugt Freihandelszone. Das Ziel der Einrichtung einer solchen Zone ist für gewöhnlich die Steigerung von in- und ausländischen Investitionen. (Interview Garrett mit Momis am 14.06.11 auf Radio Australia, Wikipedia)

Sister Lorraine geehrt

Die katholische Ordensschwester Lorraine Garasu ist Anfang August in Buka mit dem höchsten australischen Verdienstorden „Order of Australia“ ausgezeichnet worden. Die 50-Jährige erhielt die Urkunde und das Rang-

abzeichen aus den Händen von Ian Kemish, dem australischen Hochkommissar für Papua-Neuguinea, anlässlich seines offiziellen Besuchs auf Bougainville.

Kemish verlas bei der Zeremonie ein Schreiben der australischen Generalgouverneurin Quentin Bryce, in der diese das außergewöhnliche Engagement der Schwester hervorhob.

Die Ministerin für Frauen, Jugend und Kinder der autonomen Provinzregierung von Bougainville, Rose Pihei, gratulierte Sister Lorraine herzlich und sagte, Bougainville benötige noch mehr Frauen ihres Kalibers.

Garasu leitet das „Nazareth Centre for Rehabilitation“ in Chabai auf Bougainville. In diesem Mutterhaus des Ordens „Sisters of Nazareth“ finden sexuell missbrauchte und traumatisierte Mädchen und Frauen Zuflucht und psychologische Unterstützung. Sister Lorraine organisiert Ausbildungsplätze für die jungen Menschen, unterstützt bei der Suchtentwöhnung, bietet seelsorgerliche Beratung und Weiterbildungskurse.

Auf der Insel Buka betreibt der Orden zudem ein Fort- und Ausbildungszentrum für ehemalige Kombattanten.

Bei der Vergabe des Ordens war die couragierte Schwester den Tränen nahe. *„Ich mache das aus uneigennütziger Liebe“*, sagte die Schwester, *„die wahre Belohnung wartet im Himmel auf mich“*.

Den Orden akzeptierte sie nur unter der Bedingung, dass damit alle ausgezeichnet würden, die sich für die Versöhnung auf der Insel einsetzen.

Die weltweit bekannte und mehrfach ausgezeichnete Friedensaktivistin hatte im April 2008 im fränkischen Neuendettelsau an einer mehrtägigen Fachtagung zum Thema „Frieden im Pazifik?!- Westpazifische Inselstaaten zwischen Aufstand und Friedenslösungen“ teilgenommen. Sie

hatte über ihre Erfahrungen in der Trauma-Beratung von Ex-Kombattanten auf Bougainville referiert sowie ihre Erfahrungen im Friedens- und Versöhnungsprozess mit den rund 60 Tagungsteilnehmern geteilt. In Neuendettelsau hatte sie auch Ian Kemish getroffen, der in seiner damaligen Tätigkeit als australischer Botschafter für Deutschland ebenfalls als Referent an der Tagung teilgenommen hatte und mit Sister Lorraine sowie weiteren Gästen aus dem Pazifik eine Podiumsdiskussion bestritten hatte. (Post-Courier 04.08.11, eigene Recherche)

No-Go-Zone erstmals offiziell passiert

Erstmals haben Vertreter der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID und der australischen Regierung die so genannte „No-Go-Zone“ im Distrikt Panguna auf der Insel Bougainville besucht und sich vor Ort über die Fortschritte der von ihnen finanzierten Projekte informiert.

Stephanie Copus-Campbell, die für Papua-Neuguinea zuständige Projektleiterin bei AusAID, war es mit Hilfe des australischen Hochkommissars in PNG, Ian Kemish, gelungen, die Sperrzone durch die berühmte Schranke an der „Morgan Junction“ zu betreten. An dieser Schranke halten sich Tag und Nacht Rebellen unter Führung des selbst ernannten General Chris Uma auf. Die Mitglieder dieses „Me'ekamui Government of Unity“ passen auf, dass niemand unerlaubt die Sperrzone rund um die geschlossene Panguna-Mine passiert. In den letzten Monaten war bereits einigen australischen Journalisten der Zugang zum Sperrgebiet erlaubt worden, diese mussten dafür allerdings hohe Bestechungsgelder zahlen. Chris Uma erteilte der australischen Delegation nun die Erlaubnis ohne eine „Wegegebühr“, hatte davor aber ausführlich vorab mit Ian Kemish besprochen, auf welchen Stra-

ßen sich die Delegation wie zu verhalten habe. Kemish hielt direkt an der Schranke eine Rede und überreichte Gastgeschenke, woraufhin die Schranke feierlich für ihn und seine Begleiter aus der australischen Botschaft von Port Moresby geöffnet wurde.

Stephanie Copus-Campbell konnte sich erstmals vor Ort überzeugen, in welchem Zustand die Straße in das Sperrgebiet ist. Seit 2007 haben die Me'ekamui-Mitglieder den Regierungsvertretern des „Autonomous Bougainville Government“ (ABG) den Zutritt auf der befestigten Straße in das Sperrgebiet erlaubt, um dort lebende Familien versorgen zu können. Die Straße in das Gebiet wird mit AusAid-Mitteln finanziert. Es sei herzerwärmend gewesen, zu sehen, in welchem Zustand die Straße sei und wie gut sich die jungen Männer um die Instandhaltung bemühten, erklärte die AusAID-Projektleiterin.

AusAID hat ebenfalls ein Bürogebäude für den Distriktverwalter des Panguna-Distriktes sowie eine kleine Gesundheitsstation in der Stadt Panguna finanziert. Auch in der benachbarten Stadt Arawa hat die australische Organisation mehrere Projekte finanziell unterstützt, u.a. die Erweiterung und Instandsetzung des Trinkwasser- und Abwassersystems sowie die Elektrifizierung der gesamten Stadt.

Copus-Campbell und Ian Kemish waren bei dem Besuch im Sperrgebiet von James Tanis begleitet worden, dem ehemaligen Präsidenten des AGB.

Nach seinem Besuch in der Sperrzone sagte Kemish, er hoffe auf viele weitere Besuche in Panguna. Durch den Kontakt zu Uma und den Besuch des Minengebietes habe man - im übertragenen Sinne - viele neue Brücken gebaut, erklärte der australische Hochkommissar. Er wertete den Besuch als weiteren Schritt im Prozess der Friedens- und Versöhnungsarbeit, der sich das AGB verschrieben hat. Dazu hat-

te die Provinzregierung bereits Anfang des Jahres die „Panguna Peace Initiative“ ins Leben gerufen. (*Sonderberichterstattung im Post-Courier 05.08.11*)

SALOMONEN

Mehr Kinder besuchen Schule

Nach Angaben des salomonischen Bildungsministeriums besuchten im vergangenen Schuljahr 2010 wesentlich mehr Kinder die Grundschule als in den Vorjahren. Auch das laufende Schuljahr 2011 verzeichnet einen rasanten Anstieg der Schulbesucher.

Ein Sprecher des Ministeriums sieht die Ursache für den Schüleranstieg in der Ende 2009 eingeführten Befreiung von den Schulgebühren. Seit Dezember 2009 ist der Besuch der Grundschule sowie der ersten drei Klassen auf der weiterführenden Schule für alle Kinder kostenlos. Nach Ministeriumsangaben konnte so die Prozentzahl der regelmäßigen Schulbesucher auf 90% gesteigert werden. (*Solomon Star 10.06.11*)

Denkmal errichtet

Rund 69 Jahre nach der „Schlacht von Guadalcanal“ erinnert seit August ein steinernes Denkmal an die einheimischen Opfer des Zweiten Weltkrieges. Das von einem salomonischen Bildhauer gestaltete Denkmal für die Opfer des Krieges steht am „Point Cruz“ nahe der Hauptstadt Honiara auf der Insel Guadalcanal. Hier waren 1942 amerikanische Truppen angelandet.

Das Denkmal zeigt zwei bewaffnete hockende Salomoner sowie einen stehenden Mann, der mit einem Fernglas aufs Meer hinausschaut. Auf der Tafel steht folgender Text: „*Pride of our Nation- Honouring the bravery, loyalty and courage of Solomon Scouts and Coastguards*“.

An der Enthüllung der Skulptur konnten auch drei Veteranen der Schlacht teilnehmen, die eigens aus Makira und von der Insel Malaita eingeflogen worden waren.

Info: Die Seeschlacht von Guadalcanal fand vom 13. bis 15. November 1942 nahe der gleichnamigen Insel statt. US-amerikanische und japanische Einheiten trafen dort während des Pazifikkriegs im Zweiten Weltkrieg aufeinander. Beide Seiten verloren Flugzeugträger, mehrere Kreuzer und zahlreiche kleinere Schiffe. Im Verlaufe des Konfliktes um Guadalcanal wurden etwa 50 Schiffe beider Seiten durch Luftangriffe und Seeschlachten versenkt, so dass man den Gewässern um Lunga den Namen *Ironbottom Sound* (Eisengrundsund) gab. Die Schlacht um Guadalcanal war eine der längsten und erbittertesten der amerikanischen Militärgeschichte. Die amerikanischen Verluste in den Bodenkämpfen werden mit 1.492 angegeben, die der Japaner mit 14.800. Das damals umkämpfte Flugfeld ist heute der zivile Flughafen Honiaras, der Hauptstadt der Salomonen. Der alte Name „Henderson Field“ wurde erst im Dezember 2003 trotz des Protestes vieler amerikanischer Kriegsveteranen in *Honiara International Airport* geändert. (*Flash d'Océanie 09.08.11, Wikipedia, (http://asopa.typepad.com/asopa_people/2011/08/solomons-coastwatching-memorial-unveiled.html)*)

FIDSCHI

Anmerkung der Redaktion: Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.

Austr. & Neuseeländische Gewerkschaften drohen mit Tourismusboykott

Australische und neuseeländische Gewerkschaften haben sich mit Gewerkschaftsmitgliedern auf Fidschi solidarisiert, welche Berichten zu Folge immer wieder

Opfer von Misshandlungen durch die Übergangsregierung werden. Der Generalsekretär des *Fiji's Trade Council*, Felix Anthony, berichtete im neuseeländischen Fernsehen, von Soldaten geschlagen worden zu sein und warf der fidschianischen Übergangsregierung vor, Arbeitern, die sich in Gewerkschaften zusammenschlossen, physische Gewalt anzudrohen. Fidschianische Regierungsvertreter wiesen diese Anschuldigungen entschieden zurück.

Besonderes Aufsehen erregte die Drohung eines Tourismusboykotts gegen Fidschi der *Australia's Transport Workers Union*, einer australischen Gewerkschaft, der u.a. Bedienstete im Flugdienst angehören. Sollte es zu weiteren Misshandlungen in Fidschi oder der Verhaftung leitender Gewerkschafter kommen, überlege man, Flüge nach Fidschi nicht mehr abzufertigen. Reisende nach Fidschi müssten vereinzelt bereits mit längeren Wartezeiten rechnen, hieß es, da einige Mitarbeiter die Beladung und Betankung von Flugzeugen nach Fidschi eingestellt hätten. Auch forderten Bedienstete der australischen Fluggesellschaft Quantas bessere Sicherheitsvorkehrungen für Angestellte auf Fidschi.

Inzwischen hat auch die Dachorganisation aller australischen Gewerkschaften die australische Regierung aufgefordert, Druck auf Fidschi auszuüben, um die Rechte von Arbeitern und Gewerkschaftern sicherzustellen und insbesondere eine möglicherweise drohende Verhaftung von Felix Anthony zu verhindern. Gewerkschaften in Neuseeland kritisierten die Geschehnisse in Fidschi scharf und haben Unterstützung für mögliche Aktionen ihrer australischen Kollegen angekündigt, bisher selbst aber noch keine Sanktionen gegen Fidschi geplant.

Der Justizminister der fidschianischen Übergangsregierung, Aiyaz Sayed-Khaiyum, warf den

ausländischen Gewerkschaftern währenddessen vor, gezielt die fidschianische Tourismusindustrie sabotieren zu wollen. Sie würden Lügengeschichten von „Karriere-Gewerkschaftern“ wie Felix Anthony glauben und nicht über die tatsächliche Situation in Fidschi Bescheid wissen. (*Islands Business* 19.7.2011, *Radio Australia* 19.7.2011, *Fiji Sun* 19.7.2011, *TVNZ* 18.7.2011, <http://www.coupfourandahalf.com> 5.8.2011)

UN Women stellt neuen Bericht beim 4. Pacific Women's Ministerial Meeting auf Fidschi vor

Vom 20. bis 22. Juli 2011 hat das vierte „Pacific Women's Ministerial Meeting“ im fidschianischen Nadi stattgefunden. An der vom *Secretariat of the Pacific Community* (SPC) vorbereiteten Treffen nahmen als Gäste auch der tuvaluische Ministerpräsident Willy Telavi sowie der stellvertretende Generalsekretär der internationalen Weltfrauenorganisation der Vereinten Nationen, *UN Women*, John Hendra teil.

Bereits vor Beginn der eigentlichen Tagung fand die offizielle Präsentation des aktuellsten Berichtes von *UN Women*, „Progress for the World's Women: In Pursuit of Justice“, im „Holiday Inn“ in der fidschianischen Hauptstadt Suva statt. An der Präsentation, welche vom Pazifik-Regionalbüro der Organisation durchgeführt wurde, nahmen neben John Hendra zahlreiche RegierungsvertreterInnen aus dem Pazifik und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen teil.

Hendra sagte auf einer Pressekonferenz, der neueste Bericht sei ein wichtiges Werkzeug bei der internationalen Umsetzung der Ziele von *UN Women* zur Gleichberechtigung, er enthalte wichtige Erfahrungsberichte der letzten Jahre und sei eine wichtige Referenz für alle Staaten im Kampf für Frauenrechte. Mit Bezug auf Fidschi hieß es, Fidschi habe in den vergangenen Jahren

vergleichsweise gute Fortschritte gemacht, insbesondere um Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden seien, zu unterstützen. Laut der Direktorin des Pazifik-Regionalbüros von *UN Women*, Elizabeth Cox, hat dazu vor allem eine Sensibilisierung der Polizei beigetragen und die Arbeit der bekannten fidschianischen Nichtregierungsorganisation *Fiji Women's Crisis Center*.

Teil des Pacific Women's Ministerial Meetings des SPC war auch ein Workshop zur Rolle von Frauen beim Kampf gegen den Klimawandel sowie ein Dialog mit VertreterInnen von Finanzinstitutionen, Entwicklungshilfsorganisationen und weiteren potentiellen Geldgebern über die Förderung von Projekten im Entwicklungs- und Gleichstellungsbereich im Pazifik.

Das letzte Pacific Women's Ministerial Meeting fand 2007 in Noumea (Kanaky/Neukaledonien) statt. (*Islands Business* 19.7.2011, 20.7.2011, *FijiLive* 20.7.2011)

Haifang & Handel mit Haiprodukten soll endgültig verboten werden

Fidschi plant den Haifang in seinen Gewässern sowie den Handel mit allen Formen von aus Haien gewonnenen Produkten zu verbieten. Laut Informationen des fidschianischen Informationsministeriums arbeitet das fidschianische *Department of Fisheries and Forests* zurzeit an einer generellen Überarbeitung der Fischereigesetze, in dessen Rahmen das Haifangverbot durchgesetzt werden soll. Bei dem Verbot des Handels mit Haiprodukten gehe es vor allem um den Verkauf von Haifischflossen. Die neuen Regulierungen zum Haienschutz sollen sich an ähnlichen Bestimmungen zum Schutz von Schildkröten orientieren, welche Fidschi in Kooperation mit anderen Ländern schon seit einigen Jahren betreibt.

Commander Viliame Naupoto,

der Leiter des „Departments for Fisheries and Forests“, sagte, Haie spielten eine besondere Rolle für das maritime Ökosystem und beeinflussten die Stabilität der gesamten Nahrungskette der Ozeane. Außerdem wird die Beobachtung von Haien bei Touristen zunehmend beliebter. Naupoto sagte, Haie seien wegen ihrer zunehmenden Bedeutung im Tourismussektor lebendig wertvoller für Fidschi als tot.

Die Pläne stoßen sowohl bei Hai- und Umweltschützern als auch bei der Tourismusbranche, insbesondere bei Anbietern von Tauchtourismus, auf große Zustimmung. (*Islands Business* 07.07.2011)

„Fiji Times“ online

Nachdem die Online-Ausgabe der ältesten fidschianischen Tageszeitung „Fiji Times“ nach der Verurteilung des neuen Eigentümers Mahendra Mohitibai Patel wegen Amtsmissbrauch zu seiner Zeit bei der *Fiji Post* offiziell wegen „Wartungsarbeiten“ wochenlang offline war, wie in der letzten Ausgabe der „pazifik aktuell“ berichtet, ist das Online-Angebot der Zeitung inzwischen wieder im vollen Umfang online zu erreichen:
<http://www.fijitimes.com/>

Wirtschaftspolitik mit der Europäischen Union / Auslandsreserven steigen

Fidschi hat im Vorfeld der 12. ACP-Wirtschaftskonferenz zu Zuckerexporten der Europäischen Union mit Staaten in Afrika (A), der Karibik (C) und dem Pazifik (P) in Maputo in Mozambik von der Europäischen Union gefordert, dass sie sich aus nationaler Politik heraushalten solle und eine faire Wirtschaftspolitik gegenüber Fidschi ohne politische Einmischung betreiben solle. Fidschi hofft, in Zukunft wieder größere Zuckerexporte in die EU durchführen zu können, um die

schwächelnde Zuckerrohrindustrie in dem Land zu stützen. Diese hatte nach dem Militärputsch 2006 unter weiter sinkenden Exportraten und der Einstellung zahlreicher wirtschaftlicher Förderungsprogramme der EU gegen Fidschi gelitten.

Trotz dieser Sanktionen ist die EU einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Fidschis geblieben und Fidschi ist einer der bisher wenigen pazifischen Staaten, welche ein vorübergehendes EPA-Wirtschaftsabkommen (EPA = European Partnership Agreement) mit der Europäischen Union unterzeichnet haben. Die europäischen Bemühungen um ein den gesamten Pazifikraum umfassendes Abkommen, welches ursprünglich bereits 2007 unterzeichnet werden sollte, werden von vielen anderen Regierungen der Region weiter kritisch gesehen. So wurde die Deadline für die noch immer laufenden Verhandlungen über ein pazifikweites EPA-Abkommen auf 2012 verschoben.

Während wichtige Wirtschaftszweige sich schon seit Jahren in einer schweren Situation befinden und die Armut in der fidschianischen Bevölkerung steigt, steht der fidschianische Staat finanziell währenddessen so gut wie noch nie da: Wie die „Reserve Bank of Fiji“ (RBF) mitteilte, hat Fidschi mit ausländischen Währungsreserven von über 1,5 Mrd. Dollar die höchste Anzahl an Währungsreserven seiner Geschichte angehäuft. Die Währungsreserven entsprechen dem Wert aller importierten Produkte und gehandelten Dienstleistungen von viereinhalb Monaten. Damit steht Fidschi im Pazifik vergleichsweise gut da. Die vergleichsweise gute finanzielle Lage des fidschianischen Staates wiederum könnte ausländische Investoren und Exporte auf Grund eines steigenden finanziellen Vertrauens in Fidschi fördern. Die Inflationsrate bleibt mit aktuell über 8 % jedoch nach wie vor hoch und wird Prognosen zufolge in diesem Jahr nicht unter 7 %

sinken. (*Islands Business* 11.07.2011, 18.07.2011, 10.08.2011)

Vorbereitungen für demokratische Wahlen laufen langsam an

Nach wie vor laufen die Vorbereitungen für die für 2014 versprochenen demokratischen Wahlen in Fidschi nur langsam, wie Kritiker im In- und Ausland der Übergangsregierung vorwerfen. In diesem Zusammenhang wird der Übergangsregierung auch vorgeworfen, unliebsame Mitglieder in Provinzräten des Amtes zu entheben, wenn sie öffentlich Zweifel an der Geschwindigkeit der Umsetzung von Maßnahmen oder sogar der gesamten so genannten *Peoples' Charter* äußern. Die Charta ist das grundlegende Dokument der Übergangsregierung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Rückkehr zu Demokratie.

Das *Commonwealth of Nations* hat währenddessen bekanntgegeben, Fidschi bei der Rückkehr zur Demokratie aktiv unterstützen zu wollen. Dies sagte der aus Indien stammende Generalsekretär des Commonwealth, Kamallesh Sharma, am Rande einer Zusammenkunft der Commonwealth-Staaten in Sydney, bevor er zu einem Besuch nach Samoa und Tonga aufbrach. Trotz der Suspendierung Fidschis aus der Organisation sei das Commonwealth an einem weiteren Dialog mit Fidschi interessiert, hieß es. So hat es auch ein Zusammenreffen von Commonwealth-Vertretern mit dem fidschianischen Außenminister gegeben. Unter anderem könne das Commonwealth Fidschi bei der Vorbereitung und Durchführung demokratischer Wahlen helfen, hieß es.

Inzwischen wurde außerdem bekanntgegeben, dass der für 2014 angekündigten Wahl eine elektronische Wählerregistrierung vorausgehen werde. Dies gab Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum

bekannt. Es existiere ein Arbeitsplan für die Einführung eines elektronischen Wählerregistrierungssystems, welcher in absehbarer Zukunft an ausländische Botschaften und internationale Organisationen übermittelt werden sollte, damit diese Fidschi bei der Umsetzung unterstützen könnten. Das elektronische System sollte die Kosten möglichst gering halten und Wahlbetrug verhindern. Für die Einführung des Systems werden sich laut Sayed-Khaiyum alle Fidschianer, die im Moment 15 Jahre oder älter sind, mit Fingerabdruck und Fotos bei Regierungsstellen registrieren müssen. (*Fiji Times* 18.07.2011, *FijiLive* 11.08.2011, *Islands Business* 11.08.2011, 18.07.2011)

VANUATU

Kurz vor WTO-Beitritt

Nach über einem Jahrzehnt Verhandlungen hat sich die Regierung von Vanuatu als fünftes pazifisches Land zu einem Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) entschieden. Das gab der stellvertretende Premierminister und Handelsminister Ham Lini bekannt. Das Parlament muss den Beitritt offiziell in einer der nächsten Parlamentssitzungen beschließen, hat dazu jedoch nur noch bis November Zeit. Zum 30. November läuft die Deadline der WTO aus, die der Republik eine ganze Reihe von Vorteilen bei einem Beitritt in Aussicht gestellt hat, u. a. Freihandelsabkommen sowie Hilfe bei der Patentierung von geistigem Eigentum. Lini nannte dafür als Beispiel das weltweit praktizierte Bungee-Jumping, dessen Ursprung auf die Lianen-Turmspringer der Insel Pentecost zurückgeht und das bisher nicht als kulturelles Eigentum von Vanuatu patentiert ist.

In der Bevölkerung und seitens von Gewerkschaften und Kirchen regt sich Widerstand gegen den anvisierten Beitritt zur WTO. Vor allem die geplanten Freihandels-

abkommen sorgen für Proteste. Landeigner befürchten, das an Ausländer verpachtete Land nicht zurückzubekommen. Außerdem sorgen sie sich, dass die Regierung zukünftig vermehrt Waren importieren könnte, weil der Import ausländischer Waren vergünstigt werden soll zu Lasten der lokalen Produktion von Waren und Dienstleistungen. Gerade die einheimischen Landwirte würden dann Gefahr laufen, auf ihren Erzeugnissen „sitzenzubleiben“ bzw. sie zu Dumpingpreisen veräußern zu müssen.

Befürworter des WTO-Beitritts sehen gerade darin Vorteile, wollen sie doch Vanuatu stärker auf dem Weltmarkt positionieren und z.B. den Kava-Export steigern. Mit Hilfe der WTO könne Vanuatu zu einem ernstzunehmenden Partner auf dem Weltmarkt werden, heißt es seitens der Unterstützer des Beitritts.

Info: Die WTO ist eine 1994 gegründete internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie ist neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt. Die derzeit 153 Mitgliedsländer der WTO erwirtschaften mehr als 90 % des Welthandelsvolumens.

Vanuatu hatte bereits im Juli 1995 um Mitgliedschaft bei der WTO nachgesucht, hatte dieses Ansinnen aber immer wieder aufgeschoben mit dem Hinweis, man müsse die Vor- und Nachteile genauer erwägen.

(*Radio Australia* 15.07., 17.08.11, <http://www.dailypost.vu/content/vanuatu-join-wto-2012>, <http://australianetworknews.com/stories/201108/3291445.htm?desktop>, *Wikipedia*)

Exkursionsbericht veröffentlicht

Rund vier Jahre nach ihrer Forschungsreise auf die Insel Santo haben die Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse in dem Buch „The Natural History of Santo“ veröffentlicht.

Bei einer der größten naturkundlichen Exkursionen im Pazifik hatten sich im Jahr 2006 150 Forscher aus 25 Staaten für einige Monate auf Santo aufgehalten. Dabei entdeckten die Biologen u. a. rund 1.000 bis dato unbekannte Tier- und Pflanzenarten.

Die drei französischen Forschungsleiter Philippe Bouchet vom „Musée d'Histoire Naturelle“ aus Paris, Universitätsprofessor Hervé Le Guyader und Olivier Pascal von der Umweltschutzorganisation „Pro-Natura International“ gaben jetzt das 572-Seiten starke und 73 € teure Buch mit englischsprachigen Beiträgen von 100 Exkursionsteilnehmern sowie zahlreichen Farbfotos heraus. (*Radio Nz. Intern.* 07.06.11, <http://www.pensoft.net/product.php?p=12377>)

Gastgeber für AKP-Staaten

Bei einem Besuch in der Europäischen Kommission in Brüssel Mitte des Jahres hat der stellvertretende Premierminister Ham Lini Vanuatus Gastgeberrolle für die gemeinsame Sitzung der Vertreter der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) mit den Vertretern der Europäischen Kommission bestätigt. Man freue sich auf das große Ereignis im Mai 2012 in der Hauptstadt Port Vila und werde bis dahin die Beherbergungsmöglichkeiten modernisieren und erweitern, erklärte Lini.

Die 37. Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe der AKP-Staaten und der Europäischen Kommission wird von einer „Taskforce“ vorbereitet, die Ende dieses Jahres nach Port Vila

reist, um die Sitzung logistisch und organisatorisch vorzubereiten.

Bei dem „Joint ACP/EC Council of Ministers“ treffen sich einmal jährlich hochrangige Vertreter der 79 AKP-Staaten mit Vertretern der 27 EU-Staaten zu Beratungen. Das diesjährige Treffen fand Anfang Juni in Belgien statt.

(Radio NZ. Intern. 05.06.11, <http://www.dailypost.vu/content/joint-acpec-council-accepts-vanuatu%E2%80%99s-offer-host-2012-meeting>)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Tödliche Unruhen auf Maré

Am 6. August starben sechs Menschen bei einem Aufstand auf dem Flughafen La Roche auf Maré, der nordöstlichsten Insel der Loyalty Islands. Bereits seit Mitte Juli hatten aufgebrachte Bewohner der Insel den regionalen Flughafen besetzt. Grund dafür war die Ankündigung der regionalen Fluggesellschaft „Air Calédonie“, die Flugtarife von Maré zur Hauptinsel deutlich zu erhöhen.

Mitglieder des Klans aus dem Ort Ghuama unter Leitung von Chief Nidoish Naisseline, dem Vorsitzenden von „Air Calédonie“, hatten daraufhin Anfang August versucht, die Landbesetzer mit Gewalt vom Flughafengelände zu vertreiben. Die aufgeheizte Stimmung, vorangegangene Klanstreitigkeiten und übermäßiger Alkoholkonsum ließen die Situation eskalieren. Es kam zu einer Schießerei, bei der vier Menschen getötet wurden und 25 weitere schwer verletzt.

Zur Beruhigung der Situation ließ der französische Botschafter in Neukaledonien, Albert Dupuy, noch am Abend der blutigen Ausschreitungen 120 Soldaten der französischen Armee einfliegen, des Weiteren mehrere Kampfhubschrauber sowie ein Transportflugzeug. Die Soldaten errichteten eine Blockade rund um das

Flughafengelände. Sie sind derzeit noch auf Maré und verstärken die sechs einheimischen Polizisten, die normalerweise über die von 6.000 Menschen bewohnte Insel wachen.

Durch Vermittlung von Vertretern der katholischen und anglikanischen Kirche konnte mittlerweile ein Friedensabkommen zwischen den verfeindeten Klänen und der Fluglinie geschlossen werden. Air Calédonie ließ sich überzeugen, die Flugtarife weit weniger zu erhöhen als angekündigt.

Botschafter Dupuy erließ ein vorübergehendes Alkoholverbot und ließ aus Übersee ein Team von Trauma-Beratern und Psychologen einfliegen, die die Bevölkerung bei der Bewältigung der Unruhen unterstützen sollen. Vor Ort sind inzwischen auch Rechtsanwälte und Ermittler, die im Zuge der Befragungen von Betroffenen über 20 Handfeuerwaffen konfiszieren konnten.

Das Außenministerium Australiens reagierte mit einer Reisewarnung auf die Unruhen in Neukaledonien und riet, nur im dringenden Fall auf die Inseln zu fliegen. (*Oceania Flash* 07.08., 18.08.11, *Pacific Beat* 08.08.11)

MIKRONESIEN

Abhängig von Lebensmittelmarken

Nördliche Marianen: Die von den USA an das „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“ ausgezahlten jährlich 12 Millionen Dollar für Lebensmittelmarken reichen nach Angaben des Staatsekretärs für gemeindliche Entwicklung der Marianen, Melvin Faisao, nicht aus. Derzeit stehen 500 Menschen auf der Warteliste für die Ausgabe der Marken, die zum kostenlosen Lebensmitteleinkauf berechtigen. Bereits 9.000 Einwohner der Marianen sind abhängig von diesen

Marken, das entspricht 19 % der Gesamtbevölkerung.

Faisao begründet die Zunahme der hilfsbedürftigen Menschen mit den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Marianen. Die derzeitige Wirtschaftskrise wurde ausgelöst durch den Tsunami und die nukleare Katastrophe in Japan im März des Jahres, in dessen Folge die Touristen auf den Marianen ausblieben. Im Tourismusgewerbe ist nahezu die Hälfte der Bevölkerung beschäftigt, die Einnahmen aus diesem Sektor betragen ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes.

Info: Die Nördlichen Marianen (engl. CMNI) sind ein Teilgebiet der Inselgruppe der Marianen südlich von Japan und nördlich von der Insel Guam. Sie sind politisch ein Außengebiet der USA. Die rund 46.000 Einwohner der Marianen sind US-Staatsbürger, sie haben bei den Präsidentschaftswahlen jedoch kein Wahlrecht und müssen keine „Federal Tax“ (Steuern) zahlen.

Das Gebiet besteht aus 16 Inseln, die größte - und gleichzeitig die Hauptstadt - ist Saipan. (*Radio Australia* 11.07.11, *CIA World Factbook*, www.ssa.gov/policy/docs/progdesc/sspus/foodstmp.pdf)

Testbohrungen verlängert

Palau: Die lokale Regierung des Bundesstaates Kayangel hat die Lizenz des Energieunternehmens „Palau Pacific Energy Inc.“ (PPE) für Testbohrungen im Velasco-Riff bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das gab der Gouverneur des Staates, Edwin Chokai, bekannt.

PPE bohrt vor der Küste des palauischen Bundesstaates nach Öl und Gas und will bei Erfolg einen Antrag auf Förderung aus der Tiefsee stellen.

Info: Kayangel ist der nördlichste Bundesstaat der Republik Palau, rund 35 Kilometer nördlich der Hauptinsel Babelthup. Der Staat

besteht aus drei Atollen mit einer Landfläche von 1,4 Quadratkilometern und rund 140 Einwohnern. Das Velasco-Riff liegt nördlich von Kayangel und gilt als eines der artenreichsten Riffe im nordwestlichen Pazifik. Das Riff ist vor allem bei Tauchern beliebt. (*Marianas Business Journal* 20.06.11, *Wikipedia*)

MoU gegen Klimawandelfolgen

Marshallinseln: Das Umweltbundesamt der Marshallinseln („Office of Environmental Planning & Policy Coordination“) und der Wasseranbieter „Majuro Water Sewer Company“ (MWSC) haben Anfang Juni ein „Memorandum of Understanding“ über die Zusammenarbeit im Klimawandelanpassungsprojekt der pazifischen Inseln (Pacific Adaptation to Climate Change, PACC) geschlossen. Ziel der Vereinbarung ist es, die Stadt Majuro bei den zu erwartenden Folgen des Klimawandels wie lange anhaltender Dürre oder Flutwellen zuverlässig über einen längeren Zeitraum mit Trinkwasser versorgen zu können. Dazu soll vor allem das von der MWSC unterhaltene große Trinkwasserreservoir am Flughafen von Majuro auf den neuesten Stand gebracht werden. Durch hohe Verdunstung und Lecks in den Tanks kommt es hier ungewollt zu einem hohen Verlust von sauberem Wasser, das für die stetig gestiegene städtische Bevölkerung lebensnotwendig ist.

Die Erfahrungen aus der letzten großen Dürreperiode in den Jahren 1998 bis 1999 haben gezeigt, dass Majuros Wasserreserven nur wenige Monate ausreichen. In einer gemeinsamen Anstrengung wollen die Partner nun versuchen, die vorhandenen Reservoirs auszubauen und sie technisch so aufzurüsten, dass größere Mengen Wasser über mehrere Monate aufbewahrt werden können.

Info: Das am 14. Juni in Kraft getretene Memorandum gilt zunächst für zwei Jahre bis 2013. Das Abkommen ist Bestandteil der im März 2011 vom Kabinett der Marshallinseln verabschiedeten Strategie im Umgang mit den Folgen des Klimawandels, dem so genannten „National Climate Change Policy Framework“. Mit dieser Strategie erfüllen die Marshallinseln die Vorgaben des überregionalen Programms „Pacific Adaptation to Climate Change“ (PACC). Diesem von vielen unabhängigen pazifischen Inselstaaten mitgetragenen Programm waren die Marshallinseln im Dezember 2008 beigetreten. Das PACC wird von der „Global Environment Facility“ finanziert, das wiederum Zuschüsse zu den Projekten der Klimawandelrahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change) liefert. Vor Ort werden die Aktivitäten des Programms, an dem 13 Inselstaaten beteiligt sind, koordiniert vom Sekretariat der überregionalen pazifischen Umweltschutzorganisation („Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme“, SPREP). Unterstützung erhält die SPREP dabei vom Entwicklunghilfeprogramm der Vereinten Nationen UNDP.

Das PACC sieht bei der Anpassung an die Klimawandelfolgen drei Programmbereiche vor: 1) Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssicherheit, 2) Küstenmanagement und 3) Trinkwassermanagement. (*Sonderbeilage im Marshall Islands Journal*, 17.06.11)

„Frauenradio“ geht auf Sendung

Marshallinseln: Ende Mai ist „Radio 105.1FM“ erstmals auf Sendung gegangen. Der Sender wird von der Frauenorganisation „Women United Together Marshall Islands“ (WUTMI) verantwortet. Möglich geworden war die Senderneugründung durch eine Förderung der kanadischen Re-

gierung durch den „Canada Fund“ in Höhe von 20.000 \$.

Vor Aufnahme des Sendebeginns hatten zwei kanadische Hörfunkjournalisten einen einwöchigen Radio-Workshop für Mitarbeiterinnen von WUTMI durchgeführt. Dabei wurden diese sowohl in der Bedienung des Hörfunkstudios unterrichtet als auch in der Erstellung von Beiträgen für das Rundfunkprogramm.

„Radio 105.1FM“ sendet täglich von 8:00 Uhr morgens bis 17 Uhr. Noch arbeite man an einem Format, erklärte die Geschäftsführerin von WUTMI, Erin Jacobs. In den ersten Wochen des Sendebetriebs habe man Beiträge über häusliche Gewalt, Erziehungsfragen und sexuellen Missbrauch gesendet. Außerdem habe man täglich ein marshallisches Sprichwort erklärt sowie einheimische Musik gespielt.

Längerfristig will WUTMI über seinen Radiosender auch anderen Nichtregierungsorganisationen eine Stimme geben, so z. B. der „Youth to Youth in Health“ und der „Marshall Islands Conservation Society“. (*Marshall Islands Journal*, 27.05.11, 17.06.11)

„Haus des Webens“ eingeweiht

Marshallinseln: Mitte Juni hat die Direktorin des marshallischen Zweigs der „University of the South Pacific“ (USP), Frau Dr. Irene Taafaki, auf dem USP-Campus ein traditionelles „Haus des Webens“ („Jined Kibed“) eingeweiht. Das Haus, eine strohbedeckte Holzhütte, liegt etwas versteckt im Garten des Campus und dient dem Weben der traditionellen marshallischen Matten („jaki-ed“).

Zur Eröffnung nahmen zwei Frauen von den Inseln Tutu und Taklep ihre Arbeit an den geflochtenen Matten auf. Die aus den getrockneten Blättern der Pandanus-Palme gewonnenen

Schnüre werden traditionell von Frauen zu feinen Mattem verarbeitet, die nicht nur als Sitzgelegenheit dienen, sondern vor allem bei offiziellen Feierlichkeiten als Gabe hin- und hergetauscht werden.

Einmal im Jahr werden die gewobenen Matten auch der Öffentlichkeit vorgeführt. Dazu findet in diesem Jahr am 29. September im Hotel „Marshall Islands Resort“ eine Ausstellung statt.

Frau Dr. Taafaki erklärte, das Haus des Webens solle fortan als Treffpunkt für alle Weberinnen dienen. Außerdem sollen dort auch Webkurse für die junge Frauengeneration angeboten werden. Das „Jined Kibed“ kann nur von Frauen kostenlos während der Öffnungszeiten der Universität genutzt werden. (*Marshall Islands Journal*, 17.06.11, Seite 9)

Workshop zur Bewahrung der Kultur

Marshallinseln: Mitte Juni fand in Majuro ein zweitägiger Workshop für Repräsentanten aller Atolle der Marshallinseln statt. Thema des Treffens war die Bewahrung des kulturellen Erbes der Atollbewohner: „Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage in the RMI“.

Die Marshallinseln bestehen aus zwei Inselketten mit 29 Atollen, zahlreicheren kleinen Inselchen innerhalb dieser Atolle sowie fünf großen einzelnen Inseln im nordöstlichen Pazifik.

An dem Workshop nahmen 26 Teilnehmer teil, die die 24 bewohnten Atolle vertraten. Das von der UNESCO finanzierte Treffen wurde auch vom japanischen „Funds-in-Trust“ unterstützt. Vor Ort wurde es organisiert vom Innenministerium der Marshallinseln, dem „Historic Preservation Office“ und der Natcom.

Ziel des Workshops war die Erarbeitung einer Strategie zur Bewahrung spezifischer Kulturtechniken von Atollbewohnern. Dabei ging es u. a. um den Kanubau, das Geschichtenerzählen (Storytelling), die Nutzung traditioneller Heilpflanzen, die Nahrungsmittelzubereitung, die Navigations-techniken auf offener See, die Kampftechniken sowie die traditionelle Bezeichnung für die Klans auf den Atollen („jowi“). Als Gastredner konnte der Präsident der Marshallinseln. Jurelang Zedakaia, gewonnen werden, desgleichen Kotak Loeak, der Vorsitzende des Rates der führenden Klans auf den Atollen („Council of Iroij“). (*Marshall Islands Journal* 10.06.11, *CIA World Factbook*)

Hohe Suizidrate

Marshallinseln: Allein im Monat Mai haben sich fünf junge Männer auf Majuro das Leben genommen. Zwei weitere Menschen wurden im Juli erhängt aufgefunden. Das gab die Polizei bekannt. Sie und das Personal der beiden großen Krankenhäuser auf Ebeye und Majuro fürchten nun den Beginn einer neuen Welle von Suiziden. Die meisten Täter sind männliche Teenager im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, die sich an Palmen erhängen oder Pflanzenschutzmittel einnehmen.

Das Gesundheitsministerium veröffentlichte anlässlich der hohen Suizidrate vom Mai und Juli eine Statistik mit allen Selbsttötungen in den Jahren von 2000 bis 2009. Demnach gab es im Jahr 2003 die höchste Rate an Suiziden mit 26 Menschen, 2004 töteten sich 21 Menschen. Bis zum Jahr 2009 war die jährliche Rate auf 14 abgesunken. Nun befürchtet das Ministerium den Anstieg der Suizidrate in den verbleibenden Monaten des Jahres 2011.

Die hohe Zahl an Selbsttötungen im Mai erklären die Behörden mit den jährlichen Abschlussfeiern (Graduation) an den Schulen in diesem Monat. Unter den Opfern

seien verhältnismäßig viele Schulabbrecher, die ohne berufliche Perspektive von der Schule abgegangen seien, hieß es seitens der Polizei. (*Marshall Islands Journal* 03.06.11, Seite 1f und 08.07.11, Seite 1, *Radio Australia* 15.06.11, <http://www.sprc.org/stateinformation/statepages/show.asp?stateID=65>)

Obama gratuliert Absolventen

Connecticut: Der amerikanische Präsident Barack Obama hat dem ersten marshallischen Absolventen der „Coast Guard Academy“, Jefferson Bobo, bei der Vereidigung zur Graduierung persönlich gratuliert und in seiner Rede die engen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Marshallinseln betont. Obama erklärte die Marshallinseln und Tonga, dessen König ebenfalls an der Abschlussfeier der Kadetten teilnahm, zu den stärksten amerikanischen Partnern im Pazifik.

Jefferson Bobo hatte als erster Pazifikinsulaner den vierjährigen Studiengang „Civil Engineering“ mit dem Abschluss „Bachelor of Science“ an der renommierten Akademie der Küstenwache der USA bestanden. Während seines Studiums hatte sich Bobo durch Fort- und Weiterbildungen zusätzlich qualifiziert und diverse Ämter in der Studentenschaft inne.

Allen erfolgreichen Absolventen der Akademie ist bereits vor der Graduierung eine Stelle sicher, erklärte ein Sprecher der Akademie. So hat Bobo gleich drei Stellenangebote bei der marshallischen Regierung. Er könnte entweder „Sea Patrol Officer“ werden und die Gewässer der Marshallinseln überwachen, im Verkehrsministerium in der Abteilung für die Sicherheit von Schiffen arbeiten oder als Projektmanager im Bereich „Public Works“ beginnen. Die Regierung ermöglicht dem erfolgreichen Absolventen nun ein mehrmonatiges Praktikum in allen drei Bereichen, um

Bobo die Berufswahl zu erleichtern.

Info: Die „United States Coast Guard Academy“ ist eine Ausbildungseinrichtung für Offiziersanwärter der amerikanischen Küstenwache. Die Universität hat ihren Sitz in New London in Connecticut an der Ostküste der USA. Das Korps hat Regimentsstärke und ist in acht Kompanien aufgeteilt, die aus je etwa 120 Kadetten bestehen. Die Militär-Akademie besteht bereits seit 1867 und hat in den USA einen ausgezeichneten Ruf. (*Marshall Islands Journal* 27.05.11, <http://www.uscga.edu/>, Wikipedia)

„Youth to Youth“ feiert 25 Jahre

Marshallinseln: Die Nichtregierungsorganisation „Youth to Youth in Health“ (YTYIH) hat Ende Juni ihr 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Das eintägige Geburtstagsfest in Majuro wartete mit Infoständen, Kunst- und Fotoausstellungen, einer Promi-Kochshow, Tanz- und Gesangsvorführungen und einem abwechslungsreichen Kinderprogramm auf.

Die Organisation bildet seit 25 Jahren Jugendliche zu „peer educator trainer“ aus, die in Gruppenstunden, Workshops und Seminaren ihr Wissen quasi „auf Augenhöhe“ an Kinder und Teenager weitergeben. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sind Aufklärungskampagnen zu HIV/AIDS, zu weiteren sexuell übertragbaren Krankheiten, zu Diabetes und Übergewicht. Großen Raum nehmen Suizid-Präventionsmaßnahmen ein.

Die jugendlichen Trainer durchlaufen eine sechsmonatige Ausbildung, bevor sie als Multiplikatoren an Kindergärten, Schulen und Unis eingesetzt werden.

Jack Ading, der Präsident von YTYIH, lobte das Engagement seiner Vorgänger im Amt und nannte dabei namentlich die ers-

te Präsidentin von „Youth to Youth“ im Jahr 1989, Darlene Keju-Johnson. Die auf Ebeye (Kwajalein-Atoll) geborene Keju-Johnson ließ sich 17 Jahre lang auf Hawai'i im öffentlichen Gesundheitswesen ausbilden, bevor sie 1984 auf die Marshallinseln zurückkehrte. Von 1987 bis 1992 leitete sie das Familienplanungsprogramm der Marshallinseln, anschließend im Gesundheitsministerium die Abteilung für die Gesundheit Heranwachsender. In dieser Zeit gründete sie das Programm „Youth to Youth in Health“, innerhalb dessen junge Leute in Gesundheitsfragen so ausgebildet werden, dass sie ihr Wissen an Gleichaltrige weitergeben können.

Keju-Johnson war eine weltweit bekannte Atomtestaktivistin. Im Rahmen ihrer Lobbyarbeit gegen Atomtests besuchte sie gemeinsam mit ihrem Mann Giff und der palauischen Atomtestaktivistin Bernie Keldermans im Herbst 1987 auch die verschiedenen Ortsgruppen des Pazifik-Netzwerkes und referierte hier über die gesundheitlichen Folgen der Atomtests. Darlene Keju-Johnson starb 1996 im Alter von 45 Jahren an Brustkrebs. (*Marshall Islands Journal*, 01.07.11, Seite 17, www.yokwe.com, *Lernen aus dem Leid, Neuendettelsau 2001*)

Konventionen gezeichnet

Nauru: Der Präsident von Nauru, Marcus Stephen, hat Mitte Juni die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Anlass war der Besuch des australischen Oppositionsführers Tony Abbot auf Nauru, der vor Ort die Möglichkeiten der Wiedereröffnung eines Aufnahmecamps für Asylbewerber prüfen wollte.

Nauru hatte bereits von September 2001 bis Dezember 2007 Asylbewerber aufgenommen, die auf den Entscheid der australischen Regierung über ihren Status warten mussten. Die als „pacific solution“ bekannt gewordene Strategie der australischen Re-

gierung, Flüchtlinge zunächst außerhalb des eigenen Territoriums in behelfsmäßigen Camps unterzubringen, war weltweit kritisiert worden. Der im Dezember 2007 neu ins Amt gewählte Premierminister Kevin Rudd hatte deshalb unmittelbar nach seiner Wahl die Schließung des Flüchtlingscamps auf Nauru beschlossen.

Naurus Präsident Stephen sagte, man werde erst dann über eine Wiedereröffnung des Camps diskutieren, wenn seitens der australischen Regierung eine offizielle Anfrage käme.

Info: Die Genfer Flüchtlingskonvention (eigentlich „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“) wurde am 28. Juli 1951 auf einer UN-Sonderkonferenz in Genf verabschiedet und trat am 22. April 1954 in Kraft. Ergänzt wurde sie am 31. Januar 1967 durch das „Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“, das am 4. Oktober 1967 in Kraft trat.

Nauru hat kürzlich ebenfalls die Frauenrechtskonvention (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women, CEDAW) unterzeichnet.

Das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ ist ein internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen zu Frauenrechten. Es wurde am 18. Dezember 1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und trat am 3. September 1981 in Kraft. Bis auf Tonga und Niue haben alle Pazifikstaaten diese Konvention unterzeichnet. (*Radio NZ. Intern.* 17.06.11, <http://www.unhcr.de/>)

Solar-Straßenbeleuchtung

Nauru: Die Straßen der Hauptstadt Yaren (Insel Nauru) werden seit Mitte des Jahres mit Solarlampen beleuchtet. Das ist das Ergebnis eines taiwanesischen Entwicklungshilfeprojektes. Mit

dieser finanziellen Unterstützung wurden insgesamt 155 Straßenlaternen entlang der Hauptstraßen aufgestellt, die sich über Sonnenenergie speisen.

Nauru ist eines der pazifischen Länder - neben Kiribati, Tuvalu, den Salomonen und Palau – die Taiwan als unabhängigen Staat anerkannt haben. Die Taiwaner unterhalten eine Botschaft in Nauru und beteiligen sich seit Jahren finanziell an Projekten im Umwelt- und Agrarsektor. Erst im vergangenen Jahr haben sie ein erfolgreiches Projekt zur Elektrifizierung von Haushalten mit Solarenergie durchgeführt. (*Pacific Trade Invest 08.07.11*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Samoa verschiebt Datumsgrenze

Samoa: Das samoanische Parlament hat die Verschiebung der Datumsgrenze beschlossen, um besser mit seinen wichtigsten Handelspartnern im Pazifik, Australien und Neuseeland, kooperieren zu können. Die Abstimmung im Parlament blieb ohne Gegenstimme, selbst die Opposition stimmte zu. Samoa wird die Umstellung Ende des Jahres bewerkstelligen. Dabei wird der 30. Dezember kurzerhand aus dem Kalender gestrichen, so dass nach dem 29. Dezember direkt der 31. Dezember folgt.

Zurzeit verläuft die Datumsgrenze westlich von Samoa, sie wird dann im neuen Jahr östlich der Inselgruppe verlaufen. Bisher sind wegen der 21 Stunden Zeitverschiebung nach Australien und der 23 Stunden nach Neuseeland nur drei Handelstage mit den Partnern möglich. Mit der Verschiebung der Datumsgrenze

ändert sich die Zeitdifferenz. In Samoa wird es zukünftig nur drei Stunden später sein als in Sydney und eine Stunde später als in Wellington.

2009 hatte Samoa bereits auf den Linksverkehr umgestellt, allerdings hatte diese Umstellung für starken Protest seitens der Bevölkerung gesorgt. Dabei hatte das Parlament ähnliche Gründe vorgebracht, nämlich die Angleichung an die Verkehrsregeln in den pazifischen Anrainerstaaten und die Exportzunahme von Autos aus Ländern mit Linksverkehr, die das Steuer auf der rechten Seite des Wagens haben. (*Pacific Trade Invest 04.07.11, AFP 29.06.11*)

Gastgeber für Tattoo-Kongress

Samoa: Anlässlich des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit am 1. Juni 2012 (01. Juni 1962) wird die „Samoa Tatau Association“ (Malofie) die vierte „International Tatau Convention“ in Apia ausrichten. Der Geschäftsführer von Malofie, Malagamali'i Lavea Levi, erklärte, Tätowierer aus der ganzen Welt kämen gerne zu den jährlichen Tattoo-Kongressen nach Samoa, um sich bei den traditionellen Tätowierern fortzubilden und Ideen für eigene Entwürfe zu bekommen. Die Jubiläumsfeier im Juni 2012 seien eine gute Gelegenheit, dem Publikum die verschiedenen traditionellen Tattoos vorzustellen. In der Tageszeitung „Samoan Observer“ veröffentlichte Lavea Levi schon jetzt einen Aufruf an alle mit einem „pe'a“ oder „malu“ tätowierten Samoaner, sich im nächsten Jahr an der Parade durch Apias Straßen zu beteiligen. (*Samoa Observer 06.06.11*)

Deutsche Organisationen unterstützen Frauen

Samoa: Die niedersächsische Bingo-Umweltstiftung und der Verein benefic e.V. unterstützen

die „Women in Business Development Inc.“ bei einem Einkommen schaffenden Projekt. benefic-Projektleiter Lucas Rosenberg übergab der Frauengenossenschaft zwei in Deutschland hergestellte Ölpresen, mit denen die Frauen die Fetau-Nüsse zu hochwertigem Öl pressen können. Fetau ist der samoanische Name für einen Baum mit der lateinischen Bezeichnung „Calophyllum inophyllum“. Es handelt sich um einen Hartholzbaum, dessen Holz als indisches Mahagoni oder Rosenholz gehandelt wurde. Das dunkelgrüne Laub des rund 12 Meter hohen Baumes und seine zwei Zentimeter großen, stark duftenden Blüten werden in Samoa zu Dekorationszwecken und als Tanzschmuck genutzt. Die Früchte des Baumes sind gelbbraun und nussförmig, sie können nach Trocknung zu einem Öl gepresst werden. Dem Fetau-Öl wird eine heilende Wirkung bei Hautkrankheiten und zur Regeneration der Haut nach Verletzungen zugesprochen.

Die deutsche Unterstützung des Frauenprojektes geht zurück auf die deutschen Fernsehjournalisten Lucas und Hauke Hayen, letzter ist ein Vorstandsmitglied von benefic e.V. Die Journalisten lasen in einem Blog auf der Seite des amerikanischen Botschafters in Samoa einen Artikel über „Women in Business Development“ und kontaktierten die Organisation. Den Journalisten ging es zum einen darum, moderne Technologie nach Samoa zu exportieren, andererseits wollten sie Einkommen fördernde Maßnahmen unterstützen. Gemeinsam mit einem Vertreter der Bingo-Umweltstiftung machten sie sich vor Ort ein Bild von der Lage und beschlossen die Verschiffung von zwei Ölpresen nach Samoa.

Bisher haben Kosmetikkonzerne aus Deutschland, Russland und den USA Interesse an dem Fetau-Öl bekundet. Sie wollen daraus Hautcremes herstellen.

Der niedersächsische Verein *benefiz e.V.* unterstützt seit Frühsommer dieses Jahres drei weitere Projekte auf Samoa: Tunnel-trocknung, Erdziegel-Herstellung für den Hausbau und Biokohlen-nutzung zur Energiegewinnung.

Info: Der gemeinnützige Verein *benefiz e.V.* hat die Gewinnung, Förderung und Qualifizierung ehrenamtlicher Ressourcen im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements zum Ziel. Er versteht sich außerdem als Hilfswerk, welches Hilfsprojekte durchführt für Menschen und Tiere in Not und in Krisengebieten in Verbindung mit medienträchtigen Aktionen, welche auf diese Notlagen aufmerksam machen.

Die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung fördert ergänzend zu staatlichen Pflichtaufgaben Umwelt- und Naturschutzprojekte sowie Projekte zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit und der Denkmalpflege. Grundlagen der Förderung sind Nachhaltigkeit, ehrenamtliches Engagement und aktiver Naturschutz. (*Samoa Observer* 01.05.11, http://www.benefiz-ev.de/thema2.php?up=thema2_1, <http://www.bingo-umweltstiftung.de/>)

Studenten-Exkursion nach Kiribati

Kiribati: Über das Problem der Überbevölkerung auf dem Atoll South Tarawa (Hauptinsel und Hauptstadt von Kiribati) haben 14 Master-Studenten der australischen „University of Melbourne“ geforscht. Die Studenten der Studiengänge Städteplanung und Architektur reisten vom 27. Juni bis zum 8. Juli nach Tarawa, um in einem Workshop in Zusammenarbeit mit der Regierung von Kiribati innovative Konzepte für den Hausbau, das sanitäre System und die Trinkwassergewinnung zu entwickeln.

Bis dato gab es in Kiribati seitens der Regierung keine offizielle Besiedlungsstrategie des Atolls von der West- zur Ostküste, so dass

sich die von den Außeninseln nach Tarawa Eingewanderten relativ wahllos ihre Hütten und modernen Wellblechhäuser zwischen den Küstenabschnitten bauten.

Da South Tarawa wegen der Auswirkungen des Klimawandels (mehr King Tides, Anstieg des Meeresspiegels, Zunahme von Wirbelstürmen) nicht überall besiedelt werden kann, ist es in der Stadt Tarawa und seinen Außenbezirken inzwischen zu einer Überbevölkerung gekommen, die die Regierung vor große Herausforderungen stellt. Es gibt Probleme mit dem Trinkwasser, der Entsorgung von Abfällen und Fäkalien und der Bodenerosion. Die Zugezogenen sind meist ärmere Familien, die in slumartigen Gebieten wohnen. Zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hatte die Regierung das „Sustainable Towns“-Programm ins Leben gerufen, zu dem die Studenten nun einen Beitrag leisten sollten.

Die australischen Studenten entwickelten Strategien für eine koordinierte Stadtplanung und schlugen vor, eine bis dato ungenutzte Fläche in Stadtnähe systematisch mit festen Häusern zu bebauen. Für diese Häuser und die bis dahin bereits existierenden Hütten entwickelten sie zudem ein Belüftungssystem mit dem strategischen Einsatz von Ventilatoren auch außerhalb der engen Bebauung, um durch diese Frischluft die durch die Luft übertragenen Krankheitskeime zu minimieren. Außerdem planten sie ein Abwassersystem, das Fäkalien schneller und geruchsneutraler entsorgen soll und überlegten, wie Neuland trotz Bodenerosion geschaffen werden kann.

Ihre Ergebnisse wollen die Studenten zunächst an der Uni Melbourne präsentieren, bevor sie ihre Verbesserungsvorschläge an die Regierung von Kiribati rückmelden.

Die Leiterin der Studentengruppe, Frau Professor Colleen Butcher-Gollach, zeigte sich begeistert von dem Workshop. Durch die relative Kleinheit des Atolls und die flachen Strukturen im Regierungs- und Beamtenapparat hätten die Studenten viele Ideen vermitteln können. In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden wie dem Umweltministerium, der Stadtplanungsbehörde und den jeweiligen Stadträten von Betio und Teinainano habe man gute Konzepte entwickelt, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen auf dem überbevölkerten Atoll zu erleichtern, zeigte sich Butcher-Gollach überzeugt.

(<http://newsroom.melbourne.edu/news/n-561>, <http://www.msdl.unimelb.edu.au/current-students/travelling-studios/kiribati.html>, *Pacific Beat* 04.07.11)

Frauen-Netzwerk gegründet

Tonga: Ende Juli hat sich in Tonga ein Frauen-Netzwerk von Geschäftsleuten gegründet. Das „Women in Sustainable Enterprises“ (WISE) hat bereits 140 Mitglieder. Vorstandsmitglied Sela Bloomfield sagte, von Kleinstunternehmerinnen über Mittelständlerinnen bis hin zu Managerinnen reiche die Bandbreite der WISE-Mitglieder. Man habe sich vor allem der Unterstützung von Frauen verschrieben, die sich selbstständig machen wollten, erklärte Bloomfield.

Das neue Netzwerk präsentierte sich mit einem „Markt der Möglichkeiten“ in der „Queen Salote Memorial Hall“ in der Hauptstadt Nuku'alofa der Öffentlichkeit. Die Ministerin für Bildung, Kultur und Frauen, Hon. Dr 'Ana Maui Tautef'ulungaki, eröffnete den Markt und informierte sich vor Ort über die von Frauen geführten Geschäfte und angebotenen Dienstleistungen. (*Radio NZ Intern.* 27.07.11, <http://www.pmo.gov.to/community-based/2756-wise-women-launch-new-business-network>)

Erster Absolvent von West Point

Tonga: Der 24-jährige Offiziersanwärter Latu Vaha'i von den tongaischen Streitkräften „Tonga Defence Services“ hat als erster Tongaer die renommierte amerikanische Militärakademie West Point mit einem „Bachelor of Science“ abgeschlossen. Bei einer Feier anlässlich von Vaha'is erfolgreicher Graduierung im Hauptquartier der tongaischen Streitkräfte erklärte Kommandant Solomone Savelio, Vaha'i habe dem Land Tonga und den Streitkräften Ehre gemacht. Nach seinem vierjährigen Studium in West Point ist Vaha'i zum Leutnant in der persönlichen Leibwache des tongaischen Königs George Tupou V ernannt worden.

Info: Die „United States Military Academy“ in West Point bei New York ist eine der renommiertesten Hochschulen der USA. Absolventen der Akademie erhalten den akademischen Grad eines Bachelors und sind gleichzeitig Second Lieutenant in der US-Army. Jährlich bewerben sich etwa 11.000 Menschen aus 100 Ländern, von denen knapp 1.300 zugelassen werden. (*Matangi Tonga* 28.06.11, <http://www.usma.edu/>)

Aitutaki unterstützt Erdbebenopfer

Cookinseln: Die Bewohner der Insel Aitutaki haben im Rahmen einer vierstündigen Sondersendung im Lokalradio 25.000,- NZ-Dollar für die Erdbebenopfer der neuseeländischen Stadt Christchurch gesammelt. Der Bürgermeister von Aitutaki, John Baxter, konnte die Spendengelder persönlich an den neuseeländischen Außenminister Murry McCully übergeben, der sich dienstlich auf der Hauptinsel Rarotonga aufgehalten hatte. Bürgermeister Baxter erklärte, man habe erstmals auf Aitutaki zu Spenden für Neuseeland aufgerufen und sei erstaunt über den großen Erfolg der Sammelaktion.

Minister McCully sprach von einer „wundervollen Geste“.

Info: Die Cookinseln sind ein unabhängiger Inselstaat in freier Assoziation mit Neuseeland. Das Atoll Aitutaki liegt etwa 230 Kilometer nördlich von Rarotonga und hat etwa 1.900 Einwohner.

Die an der Ostküste der Südin-seln Neuseelands gelegene „englische“ Stadt Christchurch mit ihren rund 390.000 Einwohnern war bei einem Erdbeben im Februar des Jahres schwer zerstört worden. Bei dem Beben wurden 181 Menschen getötet, rund 6.000 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Es entstand großer Sachschaden an den historischen Sehenswürdigkeiten aus der britischen Kolonialzeit im Stadtzentrum. Rund 10.000 Wohnhäuser wurden unbewohnbar. Bei einem Nachbeben am 13. Juni waren weitere Häuser eingestürzt und erneut Menschen verletzt worden. (*Radio Australia* 15.07.11, *Stuff.co.nz* 22.02.11, *Wikipedia*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Kontroverse um Entkolonisierung

Frz.-Polynesien: Die Opposition in der Landesversammlung läuft Sturm gegen den Plan der Landesregierung von Präsident Oscar Temaru, offiziell bei der UNO die Wiedereinschreibung des Landes auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien einzufordern. Frankreich hatte 1947 das Land zusammen mit Neukaledonien willkürlich von der Liste gestrichen, aber Neukaledonien war 1987 auf Beschluss der UN-Vollversammlung wiedereingeschrieben worden. Die Abgeordneten der knappen Mehrheit, die Temaru im April durch ein konstruktives Misstrauensvotum an die Macht gebracht hatte, hatten sich zuvor schriftlich verpflichtet, die Kampagne zur Wiederein-

schreibung zu unterstützen, obwohl viele von ihnen sich in der Vergangenheit klar gegen die Unabhängigkeit des Landes positioniert hatten. Als die Regierungsvorlage einer Resolution zur Wiedereinschreibung Ende Juni in den Ausschuss der Landesversammlung für institutionelle Fragen eingebracht wurde, verurteilten die drei oppositionellen Fraktionen Tahoeraa Huiraatira (Gaston Flosse), To Tatou Ai'a (Gaston Tong Sang) und la Ora Te Fenua (Jean-Christophe Bouissou) in einer gemeinsamen Erklärung das Vorgehen der Regierung, und kündigten massiven Widerstand dagegen an. Die geplante Debatte der Resolution im Plenum der Landesversammlung wurde daraufhin zunächst vertagt. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-press; Tahiti-Pacifique*)

Empörung über geplante Abschaffung des Lehrerdiplooms in tahitischer Sprache

Frz.-Polynesien: Pläne der französischen Regierung, das staatliche Lehrerdiplom CAPES (certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du second degré) für den Unterricht in tahitischer Sprache aus den Hochschullehrplänen zu streichen, haben in Papeete zu massiven Protesten geführt. Das Pariser Bildungsministerium hatte angekündigt, 2012 im Zuge einer Reform des französischen Bildungswesens das CAPES in so genannten Regionalsprachen, zu denen auch die tahitische Sprache gerechnet wird, abzuschaffen. Damit hätte die tahitische Sprache keine offizielle Stelle im Bildungswesen des Landes mehr. Bislang konnte man in Französisch-Polynesien in der Mittel- und Oberschule (Collège und Lycée) Tahitisch anstelle einer modernen Fremdsprache wählen, was im Abitur als einer letzteren gleichwertig anerkannt wurde.

Vertreter verschiedener politischer Parteien, der protestantischen Kirche und der tahitischen Akademie empörten sich über die Pläne. Mitte Juni verabschiedete die Landesversammlung einstimmig eine Resolution, in der sie die Pläne des Bildungsministeriums verurteilt und die Erhaltung des Diploms fordert. Der Präsident der Versammlung, Jacqui Drollet, meinte, das Ganze sei eine politische Strategie des französischen Staates, die Identität der Polynesier durch Assimilation weiter zu unterminieren. Richard Tuheiava, einer der beiden Senatoren Frz.-Polynesiens in Paris meinte, der Schritt sei unvereinbar mit der französischen Verfassung, in der die Regionalsprachen seit 2008 anerkannt sind, sowie der UN-Erklärung der Rechte der Indigenen Völker, die Frankreich 2007 ratifiziert hat. Unter Federführung der Akademie und der Kirchen demonstrieren mehrere hundert Menschen von dem Pouvanaa-Denkmal in Papeete gegen die Pläne.

Bereits heute sprechen die meisten jüngeren Leute mehr Französisch als Tahitisch, so dass die Sprache akut bedroht ist und alle Anstrengungen unternommen werden sollten, Tahitisch zu fördern. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-press; Tahiti-Pacifique)

Frz. Senat beschließt erneute Änderung des Wahlsystems

Frz.-Polynesien: Die von der französischen Ministerin für überseeische Territorien, Marie-Luce Penchard, eingebrachte Gesetzesvorlage zur erneuten Änderung des Wahlrechts für Französisch-Polynesien ist Anfang Juni vom französischen Senat beschlossen worden und wird nun in der Nationalversammlung debattiert.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass der bei der letzten Änderung 2007 abgeschaffte Bonus von einem Drittel der Sitze für die

stärkste Partei wiedereingeführt werden soll. Die 2007 eingeführte Wahl in zwei Runden, mit einer Hürde von 12,5 Prozent für die Zulassung zur zweiten Wahlrunde, soll dagegen beibehalten werden. Des Weiteren sollen die bisherigen sechs Einzelwahlkreise aufgelöst und durch einen Einheitswahlkreis mit mehreren Sektionen ersetzt werden. Außerdem soll ein konstruktives Misstrauensvotum künftig nur noch mit einer Mehrheit von 60 Prozent der Abgeordneten möglich sein. Von diesen Änderungen erhofft sich die französische Regierung eine politische Stabilisierung des Landes, in dem es seit 2004 elf Regierungswechsel gab.

Im Lande selbst stieß die Gesetzesänderung auf ein gemischtes Echo. Viele tahitische Politiker begrüßten die Schaffung eines Einheitswahlkreises, da damit der Wählerwillen auf Gesamtebene des Landes besser repräsentiert würde. Vertreter der äußeren Inseln kritisierten dagegen die Abschaffung der Einzelwahlkreise, da sie befürchten, dadurch gegenüber der Hauptinsel Tahiti, wo mehr als zwei Drittel der Bevölkerung leben, noch mehr an Einfluss zu verlieren. Insgesamt ist die Kritik der lokalen Politiker aber weniger stark als 2007, als das Wahlgesetz von Paris gegen den ausdrücklichen Willen der Landesversammlung oktroyiert wurde.

Anders als bei der letzten Änderung 2007, die zu vorgezogenen Neuwahlen führte, hat die französische Regierung angekündigt, dass die Anfang 2008 gewählte Landesversammlung weiterbestehen und das neue Wahlgesetz erst zu den nächsten regulären Wahlen 2013 angewandt werden soll. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Tahiti-press; Radio New Zealand International)

Farnvielfalt auf den Marquesas

Marquesas-Inseln: Ein Team um den Botaniker David H. Lorence vom „Natural Tropical Botanical Garden“ und den Biologen Warren L. Wagner von der „Smithsonian Institution“ hat bei einer Exkursion ins Innere der Inseln des Marquesas-Archipels 62 neue Arten entdeckt. Damit stieg die Zahl der bekannten Pflanzen in diesem Teil von Französisch-Polynesien auf 360 Arten. 18 der entdeckten Pflanzen wurden detailliert beschrieben und in die Fachzeitschrift „PhytoKeys- launched to accelerate biodiversity research“ aufgenommen. Elf dieser 18 Arten sind Farne, für deren Vielfalt die Marquesas-Inseln weltweit bekannt sind.

Die amerikanischen Wissenschaftler hatten gemeinsam mit Kollegen aus Französisch-Polynesien über 6.000 Pflanzen gesammelt, katalogisiert, getrocknet und gepresst. Diese Belegexemplare wurden zu botanischen Instituten in Tahiti, Hawai'i, Washington und Paris geschickt.

Einige der Farne konnten Lorence und Kollegen nur an einer bestimmten Stelle auf den Inseln entdecken. „*Bis heute waren diese Farne noch nicht durch invasive Pflanzen aus anderen Regionen bedroht, auch dienen sie Tieren nicht als Futter. Das hat sie geschützt*“, erklärte der Botaniker.

Das Forschungsprojekt der „Smithsonian Institution“ hat abschließend festgestellt, dass von den 714 vorkommenden Gefäßpflanzen auf den Marquesas-Inseln 337 einheimische Spezies sind, davon nahezu die Hälfte endemisch. Der Bestand an Farnpflanzen ist mit 27 Familien, 55 Gattungen und 117 Arten einer der reichhaltigsten auf der Erde.

Info: Die Marquesas-Inseln liegen 1.600 Kilometer nordöstlich von Tahiti. Die 14 Inseln des Archipels werden in eine nördliche und

eine südliche Gruppe eingeteilt. Die gesamte Landfläche der Inseln umfasst 1.274 qkm. Dort leben rund 9.000 Menschen.

(*Tahitipresse* 26.07.11, *Wikipedia*, <http://www.pensoft.net/journals/phytokeys>)

HAWAI'I

Treffen polynesischer Doppelrumpfboote

Mitte Juni erreichte eine *Tavaru 2011* genannte Flotte von sieben nachgebauten polynesischen Doppelrumpfbooten die Hafenstadt Hilo auf der großen Insel von Hawai'i. Die von dem deutschen Unternehmer Dieter Paulmann und seiner Meeresschutz-Stiftung Okeanos finanzierte Flotte umfasste jeweils ein Boot aus Tahiti, den Cook-Inseln, Samoa und Fidschi, zwei aus Aotearoa (Neuseeland) sowie ein Boot mit pan-pazifischer Besatzung.

Die Boote hatten sich zunächst auf dem Atoll Fakarava im Tuamotu-Archipel in Französisch-Polynesien getroffen und waren dann über Nuku Hiva (Marquesas-Inseln) nach Hawaii gesegelt. Die über 4.000 km lange Strecke legten sie in der vergleichsweise kurzen Zeit von zwölf Tagen zurück. Von Hilo segelte die Flotte weiter über Maui nach Kualoa auf O'ahu, der Hauptinsel Hawai'is, und nach Kaua'i, von wo aus sie Ende Juli zu einer weiteren Hochseefahrt nach San Francisco an die amerikanische Westküste aufbrachen. Für Ende des Jahres ist eine Rückfahrt auf die Marquesas-Inseln geplant. Während der Aufenthalte in Hilo und Kualoa fanden aufwändige festliche Willkommenszeremonien statt, in denen die Schiffsbesatzungen von hawaiischen Priestern und Honoratioren zeremoniell begrüßt wurden.

Während neo-traditionelle Boote von den Cook-Inseln und Aotearoa schon in den vergangenen Jahrzehnten Hawai'i besucht hatten, ist mit dem zu *Tavaru 2011*

gehörenden tahitischen Boot *Faafaite* zum ersten Mal seit geschätzten mehr als sechs Jahrhunderten ein polynesisches Boot aus Tahiti, der mündlich überlieferten Urheimat der Hawaiier, nach Hawai'i gesegelt. Damit hat die berühmte Jungfernfahrt der hawaiischen *Hōkūle'a* von Hawai'i nach Tahiti im Jahre 1976, die den Beginn der modernen Wiederbelebung polynesischer Navigation markiert, nach mehr als drei Jahrzehnten endlich ihr Pendant gefunden. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu Quellen: Hawaii Tribune Herald, Honolulu Star-Advertiser, Honolulu Weekly; eigene Recherchen*)

Abercrombie erneuert Abschiebung Inhaftierter in US-Privatgefängnisse

Die Administration des US-Bundesstaates Hawai'i unter Führung des Gouverneurs Neil Abercrombie hat Ende Juni mit dem privaten amerikanischen Gefängnisbetreiber „Corrections Corporation of America“ (CCA) einen Vertrag über 136,4 Millionen US-Dollar unterzeichnet, nach dem knapp 2.000 Häftlinge aus Hawai'i in von CCA betriebenen Privatgefängnissen in Arizona untergebracht werden sollen. 1.700 hawaiische Sträflinge sitzen bereits in Anstalten der CCA ein.

Der Demokrat Abercrombie bricht damit sein Wahlversprechen, der Abschiebung hawaiischer Häftlinge auf den amerikanischen Kontinent ein Ende zu setzen. Alles was davon bleibt, ist die vage Zusage, die Erneuerung des Vertrags mit CCA sei nur eine vorübergehende Maßnahme, und das Strafvollzugssystem solle in Zukunft reformiert werden. Abercrombies republikanische Vorgängerin Linda Lingle hatte aufgrund der Überfüllung der Gefängnisse in Hawai'i um die Jahrtausendwende mit der umstrittenen Praxis begonnen, Häftlinge an CCA zu übergeben.

Kritiker sehen die Betreibung privater Haftanstalten, das heißt das Überlassen staatlich Verurteilter an eine auf Profit bedachte private Firma als moderne Form des Sklavenhandels an. Nach Berichten von Insassen und Sozialarbeitern sind die Haftbedingungen in Anstalten der CCA extrem hart, und die rechtlosen Gefangenen werden gnadenlos ausgebeutet.

Während solche privaten Haftanstalten mittlerweile in vielen Teilen der USA zur Realität geworden sind, kommt im Falle Hawai'is noch die enorme Distanz von tausenden von Kilometern hinzu, die es bei den gegenwärtig hohen Flugpreisen Angehörigen praktisch unmöglich macht, inhaftierte Familienmitglieder zu besuchen. Außerdem verlangt CCA für Telefongespräche in und aus ihren Anstalten Wucherpreise. Die Resozialisierung hawaiischer Straftäter wird damit oft unmöglich gemacht, und viele von ihnen driften stattdessen weiter in den kriminellen Abgrund, indem sie in Banden eintreten, um den rauen Gefängnisalltag überleben zu können. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Honolulu Star-Advertiser, eigene Recherchen*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Anerkennung von pazif. Sprachen gefordert

Seit einiger Zeit kämpft eine Neuseelandweite Selbsthilfeorganisation für die staatliche Anerkennung von fünf pazifischen Sprachen als „offizielle Minderheitensprachen“. Die Organisation „Bilingual Leo Pacific Coalition“ (BLPC) unter Leitung der samoanischen Titelträgerin Judy Taligaku McFall-McCaffery spricht sich für die Anerkennung der Sprachen von Niue, den Cookinseln, Tokelau, Samoa und Tonga in Neuseeland aus.

Judy Taligalu hat als betroffene Großmutter die Organisation ins

Leben gerufen und binnen kurzer Zeit eine große Zahl pazifischer Befürworter um sich geschart. Anlass der Gründung war die Kürzung staatlicher Gelder für die Schulmaterialien und Lehrbücher in samoanischer Sprache, die an Schulen mit Samoanisch-Unterricht in Gebrauch sind, so wie die Einstellung des samoanischen „Language Journal“. Samoanisch wird an einigen Schulen gelehrt, ist aber nicht offiziell als Minderheitensprache anerkannt. Diese staatliche Anerkennung ist jedoch für die Vergabe staatlicher Zuschüsse für die Anstellung von zweisprachigen Lehrern und die Produktion von Unterrichtsmaterialien notwendig, wie es auf der Wiki-Seite „Bilingual Aotearoa“ heißt.

Die Organisation hält es für selbstverständlich, dass die Sprachen von Niue (Vagahau Niue), den Cookinseln (Cook Islands Maori) und Tokelau in Neuseeland anerkannt werden, da alle drei Inselstaaten politisch mit Neuseeland assoziiert sind und die Bewohner auch über die neuseeländische Staatsangehörigkeit verfügen. Außerdem lebt ein Großteil der Tokelauer und der Niueer inzwischen in den neuseeländischen Metropolen.

Am 21. Juli hat die Organisation BLCP auf dem Manukau-Campus der Universität von Auckland eine traditionelle Segnungszeremonie für ihre Eingabe beim Parlament in Wellington durchgeführt. Für die „Pacific Languages and Literacy Petition“ wurden mehr als 4.000 Unterschriften gesammelt. Sie wurden am 4. August in Wellington an die Parlamentarier übergeben.

Mit der Eingabe erhofft sich die Organisation auch die Unterstützung des neuseeländischen Ministeriums für pazifische Angelegenheiten („Ministry of Pacific Islands Affairs“), das derzeit an einer Strategie zum Schutz pazifischer Sprachen im Rahmen des Bildungsplanes der Regierung (Pacific Education Plan) arbeitet. Von der Aufnahme der fünf Spra-

chen derjenigen, die die größten Einwandergruppen in Neuseeland stellen, ist dort bis dato nicht die Rede. (*Scoop* 24.03.11, *Radio Australia* 15.07.11, *Samoa News* 17.07.11, PPT von Judy McFall, <http://bilingualaotearoa.wikispaces.com/news>)

Windows läuft in Maori

Die „Woche der Sprache der Maori“ vom 4. bis zum 11. Juli 2011 wartete mit einer Überraschung auf. Der Maori-Informatiker WAREKO TE ANGINA gab bekannt, dass die derzeit aktuelle siebte Version von Windows, dem Betriebssystem der amerikanischen Firma Microsoft, ins Maori übersetzt wurde. Die Firma Microsoft hat selbst die Übersetzung veranlasst und dazu den einheimischen Programmierer angestellt. Te Angina sprach von einer Herausforderung, nicht nur die Oberfläche ins Maori übersetzen zu müssen, sondern auch alle auf Windows laufenden Programme wie Word und Outlook.

Die Maori-Version kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

Im Rahmen der Maori-Woche („Te Wiki o te Reo Maori“) wurde auch die elektronische Version eines Englisch-Maori-Wörterbuchs vorgestellt, das als Printausgabe bereits seit 2008 existiert und ab sofort weltweit über das Internet abgerufen werden kann. Sehr zur Freude junger Handybenutzer gaben Maori-Älteste auch die neuesten Abkürzungen für Kurznachrichten über Mobiltelefone (sms) bekannt. So bedeutet die Abkürzung „Hiremy kitky“ in Maori „Haere mai ki te kai“ und auf Deutsch „Komm zum essen“. Auch Orte können in Sms abgekürzt werden, so etwa „?kato“ für die neuseeländische Stadt Waikato.

Die größte neuseeländische Tageszeitung „New Zealand Herald“ veröffentlichte die ganze Woche über Artikel in Maori.

Die diesjährige Woche für das Maori stand unter dem Motto „Manaakitanga“ - einem Konzept, nach dem Fremde freundlich empfangen werden sollen und sich wie zu Hause fühlen sollen.

Obwohl die UNESCO in ihrem jährlich veröffentlichten „Atlas der Sprachen“ einen Zuwachs an Maori-Sprechern verzeichnet, sprechen nach eigenen Angaben nur noch 25% aller Maori in Neuseeland (das entspricht ca. 130.000 Menschen) fließend das Maori. Diverse Initiativen bemühen sich, wieder mehr Sprecher für das Maori zu begeistern. Seitens eines bekannten neuseeländischen Linguisten kam der Vorschlag, die anlässlich der Rugby-Weltmeisterschaft vom neuseeländischen Rugbyteam „All Stars“ vorgetragene Haka im Fernsehen mit englischen und Maori-Untertiteln zu versehen, damit alle Maori den korrekten Text dieser Kriegstänze lernen könnten. (*Flash d'Océanie* 14.07.11, www.koreromaori.co.nz, <http://www.microsoft.com/downloads/details.aspx?FamilyID=a1a48de1-e264-48d6-8439-ab7139c9c14d&displaylang=mi>)

Gelder für Kiribati verdoppelt

Im Vergleich zum Vorjahr will Neuseeland die Entwicklungshilfegelder für Kiribati mehr als verdoppeln. Das gab Michael Upton, First Secretary bei der neuseeländischen Botschaft in Tarawa (Kiribati), bekannt. Im Haushaltsjahr 2010/2011 hat Neuseeland die polynesischen Inselrepublik mit zehn Millionen NZ-Dollar unterstützt. Für das bereits laufende Haushaltsjahr 2011/2012 rechnet Upton mit mindestens 25 Mio. NZ-\$. Mit den Geldern sollen folgende Bereiche unterstützt werden: städtische und wirtschaftliche Entwicklung, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zur Qualifizierung von einheimischen Arbeitskräften, Ausbau der Infrastruktur mit Schwerpunkt „Cassidy Airport“ sowie Verbesserung des Trinkwasser- und Abwassersystems. (*Rongorongo Man* 17.06.11)

Gastgeber für PIF

Auckland ist die gastgebende Stadt für die 40. Vollversammlung des „Pacific Islands Forum“ (PIF) vom 6. bis zum 9. September 2011. Das Gipfeltreffen mit pazifischen Regierungschefs findet zeitgleich mit dem Beginn der Rugby-Weltmeisterschaft statt. Premierminister John Key versprach, man werde sich auf jeden Fall das Eröffnungsspiel Neuseeland gegen Tonga anschauen. Mit Auckland als Gastgeber mache Neuseeland einmal mehr die enge Verbundenheit mit den pazifischen Inselstaaten deutlich, erklärte Key. *(Pressemitteilung des Premiers, www.beehive.govt.nz)*

WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Friedenskonferenz der Papua

Westpapua: Eine große Friedenskonferenz der Papua mündete Anfang Juli in einer gemeinsamen Friedenserklärung. Die Botschaft ist eindeutig: Um die Konflikte in Papua friedlich zu lösen, fordert das Papuavolk einen Dialog mit der Zentralregierung in Jakarta. In der Erklärung bestimmen die Papua erstmals Kriterien, nach denen Verhandlungsführer aus Papua für einen Dialog bestimmt werden sollen. Die Konferenz war von dem Papua-Friedensnetzwerk JDP (Jaringan Damai Papua) unter Leitung des katholischen Pastors Neles Tebay initiiert worden.

Über 500 indigene VertreterInnen aus Tradition, Religion, Frauen- und Jugendgruppen diskutierten vom 5. bis 7. Juli 2011 an der Cenderawasih Universität in Jayapura die Konflikte, die einen Frieden in Papua behindern. Die TeilnehmerInnen identifizierten Probleme in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Umwelt, Soziales, Kultur, Sicherheit und Menschen-

rechte. Ein Dialog unter internationaler Mediation soll nach Ansicht der Konferenzteilnehmer diese Themenfelder behandeln und eine friedliche Lösung zwischen Papua und Jakarta ermöglichen.

Die Friedenskonferenz war ein erster Höhepunkt interner Dialogkonsultationen, die seit Ende 2009 in verschiedenen Regionen Papuas und zwischen verschiedenen Gruppierungen der indigenen Gesellschaft stattfinden. Die öffentlichen Veranstaltungen, die von dem Papua-Friedensnetzwerk JDP organisiert werden, geben der indigenen Bevölkerung die Möglichkeit, bestehende Probleme Papuas und einen möglichen Dialog mit der Zentralregierung in Jakarta zu diskutieren. Diese internen Konsultationen gipfelten nun in einer ersten gemeinsamen Friedenskonferenz.

Die Konferenzteilnehmer benannten die Kriterien, nach denen das Papuavolk mögliche Verhandlungsführer für einen Dialog mit der Zentralregierung in Jakarta bestimmen soll. Zu diesen Qualifikationen zählen unter anderem englische Sprachkenntnisse, Verhandlungserfahrungen, Kenntnisse der Geschichte und des Widerstandes Papuas, Friedfertigkeit und Ablehnung von Gewalt sowie die Unterstützung von Seiten des Papuavolkes. In der Erklärung werden die im Ausland lebenden Papuaführer Rex Rumakiek (Australien), John Otto Ondawame (Vanuatu), Benny Wenda (England), Octovianus Motte (USA) und Leony Tangahma (Niederlande) genannt.

Eine endgültige Entscheidung, wer die Papuas bei einem möglichen Dialog mit der Zentralregierung in Jakarta vertreten soll, wird erst im Rahmen einer zweiten großen Papua-Konferenz getroffen. Diese ist für Anfang nächsten Jahres im Ausland geplant und soll Exil-Papuas sowie Vertreter der bewaffneten Unabhängigkeitsbewegung OPM/TPN (Organisasi Papua Merdeka/

Tentara Pembebasan Nasional) einbeziehen. Die OPM/TPN wie auch die Unabhängigkeitsgruppe KNBP (Komitee Nasional Papua Barat) lehnen einen Dialog mit der Zentralregierung gegenwärtig ab.

Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) hat inzwischen drei Vertreter aus Jakarta bestimmt, die die Möglichkeiten eines Dialoges mit Papua prüfen sollen. Dabei handelt es sich um den ehemaligen General Bambang Darmono, Farid Husain und Velix Wanggai. Bambang Darmono und Farid Husain waren an den Friedensverhandlungen mit Aceh beteiligt; Velix Wanggai stammt aus Papua und arbeitet als Sonderberater des indonesischen Präsidenten in Entwicklungs- und Autonomiefragen. Die drei Vertreter sollen vor allem Kontakte mit bewaffneten Unabhängigkeitsgruppen in Papua herstellen und deren Dialogbereitschaft prüfen. Die Situation in Papua sei wesentlich komplexer als in Aceh, hieß es aus dem Jakarta-Team. *(Artikel von Kristina Neubauer, West-Papua Netzwerk. Quellen: Deklarasi Perdamaian Papua, 07.07.11; Jaringan Damai Papua (JDP): Benarkah posisinya di „tengah-tengah?“, The Jakarta Post, 09.07.11; Tabloid Yubi Online, 07/10.07.11; Bintang Papua, 06.07.11; Tempo Magazine No. 43/XI/June 22-28, 2011)*

19 Tote im Wahlkampf

Westpapua: Bei Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern zweier Kandidaten für die am 19. November 2011 anstehenden Bezirkswahlen sind im Bezirk Puncak Jaya 19 Menschen ums Leben gekommen. Die Straßenschlacht entbrannte, nachdem die Wahlkommission die Kandidatur von Simon Alom nicht annehmen wollte. Dessen Anhänger gingen dann auf die Anhänger des Gegenkandidaten Elvis Tabuni los. Häuser und geparkte Autos wurden angezündet, Steine geworfen und mit Pfeil und Bogen auf Passanten geschossen. Die eilends herbeigerufene indonesische Polizei musste das Wahlbüro mit Perso-

nenschutz bewachen, konnte die Situation jedoch nicht schnell genug unter Kontrolle bringen, so dass es zu den Todesfällen kam.

Alom und Tabuni wollten sich in die Wahlliste zur Wahl des Bezirksvorstehers („Regional Head Election“) einschreiben.

Die „Papua Elections Commission“ setzte die Einschreibung der Kandidaten auf die Wahllisten im Wahlbüro aufgrund der Todesfälle zunächst aus und verschob die weitere Vorbereitung der Wahlen auf unbestimmte Zeit. (*The Jakarta Post* 01.08., 04.08.11, *Radio NZ Intern.* 01.08.11)

Großdemonstration fordert Referendum

Westpapua: Tausende von Papuas haben am 2. August in Jayapura für die Durchführung eines Referendums zur politischen Zukunft der indonesischen Provinz demonstriert. Zeitgleich zur Großdemo fanden auch in den Städten Wamena, Biak, Nabire, Paniai und Timika Demonstrationen statt. Alle Proteste waren vom „West Papua National Committee“ vorbereitet worden. Sie fanden anlässlich einer Konferenz im britischen Oxford statt, bei der Rechtsanwälte unter dem Thema „Road to Freedom“ einmal mehr über den umstrittenen „Act of free Choice“ diskutierten.

Die Demonstrationen sollten den in England tagenden „International Lawyers for West Papua“ (ILWP) die Solidarität der papuanischen Bevölkerung vorführen. An der Konferenz, zu der der britische Parlamentsabgeordnete und Westpapua-Sympathisant Andrew Smith eingeladen hatte, nahmen neben Juristen auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Mitarbeiter der Vereinten Nationen sowie Vertreter papuanischer Klans teil. Als Vertreter der pazifischen Anrainerstaaen von Westpapua waren Powes Parkop, Gouverneur der Provinz „National Capital District“ (Papua-Neuguinea), und

Ralph Regenvanu, Justizminister von Vanuatu, nach Oxford gereist.

Trotz eines großen Polizei- und Sicherheitsaufgebotes in Jayapura verlief die Demonstration friedlich. Nach unterschiedlichen Medienangaben beteiligten sich landesweit zwischen 2.000 und 10.000 Menschen an den Kundgebungen. (*Pressemitteilung JPIC/GKI* 03.08.11, *West Papua Report August 2011*, *Flash d'Océanie* 05.08.11, <http://westpauamedia.info/2011/07/26/west-papua-the-road-to-freedom-conference-oxford-uk-aug-2/>)

Fluglinie nimmt Betrieb auf

Timor-Leste: Die von dem in den 1970er Jahren aus Osttimor nach Australien ausgewanderten Geschäftsmann Jeremias D Sousa im Jahr 2008 gegründete Fluggesellschaft „Air Timor“ hat am 25. Juli ihren Betrieb aufgenommen. „Timor Air“ fliegt bis dato nur einmal täglich aus Darwin im Norden Australiens bis in die osttimoresische Hauptstadt Dili.

Hauptanteilseigner der Fluggesellschaft ist mit 50 % „Phuket Air“. 40 % der Anteile hält D Sousa, 10 % der Staat.

Bei der Aufnahme des Flugbetriebs sagte José Ramos Horta, der Präsident des noch jungen Staates, er erhoffe sich über „Timor Air“ auch einen Aufschwung im Tourismus.

(<http://www.flytimorair.com/>, *Wikipedia*, *Flash d'Océanie* 26.07.11)

Weltbank finanziert Straßen

Timor-Leste: Die Regierung von Timor-Leste hat mit der Weltbank ein Abkommen über die Vergabe eines Darlehens in Höhe von 20 Millionen US-Dollar zur Verbesserung der Infrastruktur geschlossen. Das sogenannte „Road Climate Resilience“-Projekt sieht die Instandsetzung der Straßen zwischen der Hauptstadt Dili und den Bezirken Aileu

und Ainaro vor. Rund 110 Straßenkilometer sollen repariert werden. Dazu müssen vor allem Drainage-Kanäle angelegt werden, da die Straßen außerhalb der Ballungszentren durch die ständigen Regenfälle extrem von Erosion und Schlaglöchern geprägt sind.

Ferid Belhaj, der Koordinator der Weltbank für die Region Osttimor, erklärte, eine funktionierende Infrastruktur sei überlebensnotwendig für die Bevölkerung in den ländlichen Außenbezirken der Städte. Nur so erreichten die Menschen Schulen, Krankenhäuser und Einkaufsmöglichkeiten und nur über den Warentransport auf der Straße hätten sie die Möglichkeit, erwirtschaftete Produkte auf den lokalen Märkten zu verkaufen.

Das von der Weltbank finanzierte Projekt sieht die Anstellung einheimischer Arbeitskräfte vor. Auch nach Abschluss der Bauarbeiten sollen sich die Arbeiter weiter um den Zustand der Straßen kümmern. (*Pressemitteilung Weltbank* 13.07.11)

AUSTRALIEN

Aborigene gewinnt Literaturpreis

Der australische Schriftsteller Kim Scott, Sohn einer weißen Mutter und eines Aborigene vom Volk der Noongar in Western Australien, hat bereits zum zweiten Mal den renommierten „Miles Franklin Literary Award“ bekommen. Der 1957 geborene Scott erhielt den renommierten australischen Literaturpreis für seine im vergangenen Jahr erschienene Novelle „That Deadman Dance“. In dem Buch geht es um die Beziehung zwischen den Noongar, den britischen Kolonialherren und den australischen Walfängern Anfang des 19. Jahrhunderts in Westaustralien.

Bereits im Jahr 2000 hatte Scott für „Benang“ als erster Aborigine-Schriftsteller überhaupt den „Miles Franklin“-Preis gewonnen. Außerdem hat Scott drei weitere Novellen sowie ein Kinderbuch veröffentlicht. Thema seiner Erzählungen sind die traditionelle Lebensweise der Noongar, ihre Mythen und die Geschichte seiner eigenen Familie.

Bei der Preisvergabe sagte Scott, er wolle sich nun der Erforschung der Sprache der Noongar widmen, die vom Aussterben bedroht ist.

Scott ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er lebt in einem Vorort von Freemantle in Western Australia.

Info: Der „Miles Franklin Literary Award“ ist einer der bedeutendsten australischen Literaturpreise. Die Auszeichnung im Wert von 42.000 AUS-Dollar stammt aus dem Nachlass der Schriftstellerin Miles Franklin. Er wird jährlich vom „Permanent Trustee Co Ltd of Sydney“ für ein im Vorjahr erschienen Buch verliehen, in dem australisches Leben porträtiert wird. (*Radio Australia 23.06.11, Wikipedia*)

Ningaloo zum Naturerbe erklärt

Die UNESCO hat im Juni das Ningaloo-Riff an der Westküste Australiens in die Liste der Welt-erbe-Stätten aufgenommen. Das über 250 Kilometer lange Korallenriff erstreckt sich entlang der so genannten „Coral Coast“ und liegt sehr nah an der Küste. Das Riff ist an einigen Stellen nicht mehr als 100 Meter vom Strand entfernt. Es ist Teil des 604.500 Hektar großen Nationalparks „Ningaloo Marine Park“ mit seinen über 220 Korallenarten. Der Nationalpark wurde 1987 eingerichtet. Er lockt vor allem zwischen Juni und November Touristen an, wenn die Buckelwale an der Küste vorbeiziehen. Von März bis Mai kann man auch die riesigen

Walhaie vor der Küste sichten. (*UNESCO World Heritage Center online, http://www.dec.wa.gov.au/component?option=com_hotproperty/task/view/id/50/Itemid,755/*)

Backpacker-Rückgang beeinflusst Ernte

Der Rückgang von so genannten „Backpackern“ (Rucksackreisenden) im vergangenen Jahr hat sich auf die Situation der australischen Plantagenbauern ausgewirkt. Da Rucksackreisende oft für mehrere Wochen oder gar Monate auf den Obstplantagen australischer Bauern als Erntehelfer aushelfen, um Geld für ihren Aufenthalt in down under zu verdienen, fehlt es nun an Erntehelfern.

Der Sprecher der australischen Obst- und Gemüseindustrie, Richard Mulcahy, schlug deshalb vor, mehr Menschen aus den Pazifikstaaten als Erntehelfer die Einreise nach Australien zu bewilligen. Das „Pacific Seasonal Workers Pilot Scheme“ der australischen Regierung regelt genau, wie viele Menschen aus welchen pazifischen Ländern für welchen Zeitraum auf Plantagen in Australien arbeiten dürfen. Um die Versorgungslücke bei Erntehelfern zu schließen, rät Mulcahy, diese Quoten zu erhöhen. Pazifikinsulaner gelangten weit- aus schneller und unkomplizierter nach Australien als europäische Erntehelfer, so Mulcahy.

John Lee, Leiter der Behörde „Tourism and Transport Forum“, macht die globale Finanzkrise für den Rückgang europäischer Rucksackreisender verantwortlich. Der sehr starke australische Dollar veranlasse weit mehr Australier, als Reisende das Land zu verlassen, als Touristen, ins Land zu kommen, erklärte Lee. So seien im vergangenen Jahr 7,4 Millionen Australier ins Ausland gereist, doch nur 5,9 Millionen Menschen nach Australien gekommen. Man wolle sich seitens der Tourismusbehörde zukünftig auf den chinesischen

Markt konzentrieren, sagte Lee. China biete enorm viel Potenzial und nun ginge es darum, den Tourismusmarkt dort zu erschließen und interessante Angebote für Chinesen zu schaffen. (*Radio Australia 04.08.11, AUS Statistics Bureau*)

SPORT

Niederländer trainiert Nationalmannschaft

Tuvalu: Der niederländische Fußballtrainer Foppe de Haan wird ab August des Jahres Trainer der Fußballnationalmannschaft von Tuvalu. Der am 26. Juni 1944 in Lippenhuizen geborene de Haan begann seine Karriere 1974 als Trainer beim SC Heerenveen. Er blieb diesem Verein bis 2004 treu. 1999 konnte sich Heerenveen erstmals in der Vereinsgeschichte für die UEFA Champions League qualifizieren. Nach seinem letzten Spiel im Mai 2004 erhielt de Haan für seine jahrzehntelange Treue zum Verein und für seine Verdienste um den niederländischen Fußball den Orden von Oranien-Nassau verliehen. Ab 2004 trainierte de Haan die U 21-Nationalmannschaft der Niederlande, die er bei der Europameisterschaft 2006 zum Titel führte. Nach den Olympischen Sommerspielen 2008 ging de Haan nach Südafrika, wo er den Erstligisten „Ajax Cape Town“ trainierte, einen Ableger von Ajax Amsterdam. Mit „Ajax Cape Town“ verpasste er in diesem Jahr nur knapp den Meistertitel.

Zur Saison 2011/2012 wechselt de Haan nun als Trainer der Männer-Nationalmannschaft in die polynesische Inselrepublik Tuvalu mit ihren rund 11.000 Einwohnern. Bis dato ist Tuvalu kein Mitglied des Weltfußballverbandes FIFA. De Haan soll den Fußball umstrukturieren und so dem einheimischen Fußballverband helfen, als offizielles Mit-

glied in die FIFA aufgenommen zu werden.

(<http://onsoranje.nl/nieuws/artikel/8690/de-haan-bondscoach-van-tuvalu>, Wikipedia, Radio NZ. Inter. 03.06.11)

Tahitianer nahmen an Box-WM teil

Astana: Für die U17-Box-Weltmeisterschaft in der kasachischen Hauptstadt Astana haben sich drei Boxer aus Tahiti qualifizieren können. Rowan Taurei (Gewichtsklasse unter 48 Kilo), Heimata Neuffer (unter 80 Kilogramm) und Tarona Tiari (+ 80 Kilo) waren gemeinsam mit dem tahitischen Sportminister Tauhiti Nena nach Kasachstan gereist.

Die BOX-WM der Jugendlichen fand vom 20. bis 31. Juli statt. Von den 360 Boxern aus 52 Staaten waren neben Tahiti noch Australien und Neuseeland aus Ozeanien vertreten. Erstmals nahmen weder Kubaner noch Franzosen an dem Wettkampf teil. (www.figosport.de, Tahiti Presse 17.07., 24.07.11)

Neuseeländer gewinnen Hip Hop-WM

Las Vegas: Gleich vier Teams aus Neuseeland haben bei den „World Hip Hop Dance Championships“ in Las Vegas Medaillen gewonnen. Neben einer silbernen Medaille in der Altersgruppe der Erwachsenen und einer Silbermedaille in der Kategorie „Junior“ ertanzten sich die jungen Leute zwei Goldmedaillen in den Kategorien „Junior“ (7 bis 12 Jahre) und „Varsity“ (Altersgruppe 12 bis 18 Jahre). Damit wurde Neuseeland im zweiten Jahr in Folge in der Jugendkategorie Weltmeister im Hip Hop-Tanzen.

Der Veranstalter der Tanz-Weltmeisterschaft, Hip Hop International, zeigte sich erstaut darüber, dass so viel Potenzial aus so einem kleinen Land wie Neuseeland kommt.

Die vier Gewinner-Teams tanzen übrigens alle in den „Panmure Palace Dance Studios“ in Auckland und machen diese Tanzschule damit zu einer der erfolgreichsten Ausbildungsstätten weltweit. Tanzstudio-Manager Brett Goebel sagte, er sei unglaublich stolz auf seine Tänzer.

Info: An der zehnten Weltmeisterschaft im Hip Hop hatten am 31. Juli in der „Orleans Arena“ im amerikanischen Las Vegas 2.000 Tänzer aus knapp 40 Ländern teilgenommen.

(Wikipedia, <http://www.lasvegasweekly.com/news/2011/aug/01/world-hip-hop-dance-championships/>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Teure Cola für Australier

Nauru: Seine übergroße Lust auf Süßigkeiten und eine eiskalte Cola ist einem Australier zum Verhängnis geworden. Der auf einem taiwanesischen Schiff arbeitende Fischer hatte sich aus Sehnsucht nach kalten Getränken und Süßigkeiten kurzerhand gemeinsam mit einem Arbeitskollegen den schiffseigenen Helikopter „ausgeliehen“ und war damit am Strand nahe eines Supermarktes auf der dem Fischerboot nächstgelegenen Insel Nauru gelandet. Dem Australier gelang zwar noch der Einkauf von Cola und Co. in dem Laden, beim Verlassen des Geschäftes erwartete ihn jedoch die Polizei. Der Polizist ließ den Helikopterpiloten direkt weiter in die Hauptstadt Yaren fliegen. Wegen unerlaubten Überfliegens des Luftraumes über Nauru und unerlaubter Landung sitzt der kühne Pilot nun seit Tagen im dortigen kleinen Gefängnis in Untersuchungshaft und wartet auf seinen Prozess. Im ungünstigsten Fall droht dem Australier eine Geldstrafe in Höhe von 100.000 AUS-Dollar.

Bei seiner Festnahme erklärte der 24-jährige Seemann, er sei seit zwei Monaten ohne Pause auf dem taiwanesischen Fischtrawler im Einsatz und habe seine Lust (engl. junk food attack) auf Schokolade und eisgekühlte Drinks nicht mehr länger ausgehalten. (*Flash d'Océanie* 12.08.11, *Radio Australia* 11.08.11)

Schädel im Magazin entdeckt

Paris: Ein als verloren geglaubter Schädel eines neukaledonischen Chiefs ist im Magazin des „Musum of Mankind“ in der französischen Hauptstadt Paris wiederentdeckt worden. Mitarbeiter des Museums hatten die Regale auf der Suche nach Maori-Schädeln durchforstet, die erst kürzlich an das Te Papa Museum in Wellington zurückgegeben worden waren (siehe *pazifik aktuell* Nr. 86).

Der dabei gefundene Schädel aus Neukaledonien gehörte zum Klanführer Atai, der 1878 getötet und enthauptet worden war, als die französischen Kolonialherren eine Rebellion der einheimischen Klanchefs blutig niederschlugen.

In der Vergangenheit hatte die kanakische Lokalregierung schon mehrfach nach dem Schädel gefahndet, bislang ohne Erfolg.

Ein Nachfahre des berühmten Atai sagte gegenüber dem neuseeländischen Radio, er würde sich über eine Rückgabe des Schädels, ein Denkmal und eine französisch-kanakische Versöhnungszeremonie sehr freuen. (*Radio NZ Intern.* 07.07.11)

Erfolgreicher Studienabschluss

Fidschi: Erstmals haben zwei Marshallinnen einen Weiterbildungslehrgang beim „Australian Pacific Technical College“ (APTC) in Suva (Fidschi) erfolgreich abgeschlossen. Christine

Reimers und Riley Albertter absolvierten einen Zertifikatskurs im Fachbereich „Tourism and Hospitality“. Die Absolventinnen hatten zuvor Kurse in Tourismus und Hotellerie am marshallischen Zweig der „University of the Pacific“ belegt, bevor sie sich beim APTC beworben hatten.

Bei der feierlichen Übergabe der Zeugnisse betonte Ausbildungsleiter Casten Nemra den Erwerb von Qualifikationen für junge Marshalliesen. Das APTC böte die Möglichkeit, sich in verschiedenen Fachrichtungen weiterzubilden und pazifikweit anerkannte Zertifikate zu erwerben.

Derzeit studieren noch vier weitere Marshalliesen am APTC in Suva. (*Marshall Islands Journal* 10.06.11, Seite 15, <http://www.aptc.edu.au/courses/tourism/index.html>)

Hawaiier an der Spitze der US-Charts

USA: Nach dem posthumen Erfolg des Liedes „Somewhere over the rainbow“ von Israel Kamakawiwo‘ole hat es ein zweiter hawaiischer Sänger und Songwriter an die Spitze der US-Charts geschafft. Bruno Mars (eigentlich: Peter Gene Hernandez) gehört derzeit weltweit zu den angesagtesten Rhythm and Blues-Sängern (R&B) der Welt. Der 27-Jährige hatte im vergangenen Jahr bereits den ersten Platz in den US-Charts erreicht, und zwar mit seinem Song „Nothin’ on you“, den er gemeinsam mit dem Rapper B.o.B. einspielte. Mars erste Single „Just the way you are“ schaffte es ebenfalls bis an die Spitze der Charts. Für diesen Song wurde Mars in diesem Jahr mit der wichtigsten amerikanischen Auszeichnung für Künstler geehrt, dem Grammy. Der Preis wurde ihm in der Kategorie „Best Male Vocal Performance“ verliehen.

Sein im Januar in Deutschland erschienenes Debütalbum „Doo-Wops & Hooligans“ kam auch in den deutschen Charts auf Platz

1. Im März des Jahres schaffte es seine zweite Single „Grenade“ ebenfalls auf Platz 1 der Hitliste in den USA.

Info: Peter Hernandez wurde am 8. Oktober 1985 in Waikiki, einem Vorort von Honolulu, als Kind einer philippinischen Mutter und eines Vaters aus Puerto Rico geboren. Er hat fünf Geschwister. Seine Musik vermischt verschiedene Stile, von Pop über R&B bis hin zu Reggae und Hip Hop. Der in den Medien als „Frauenmagnet“ beschriebene Sänger geht im Oktober auf seine zweite Deutschlandtournee und gastiert in Hamburg, Berlin, München, Oberhausen und Frankfurt. (www.brunomars.com, *Wikipedia*, *Youtube*)

InterConti zählt zu Spitzenhotels

Bora Bora: Das Luxushotel „InterContinental Bora Bora Resort & Spa“ ist von den Lesern der amerikanischen Reisefachzeitschrift *“Travel and Leisure“* zu den 100 besten Hotels der Welt gewählt worden. Das Hotel auf der zu Französisch-Polynesien gehörenden Insel Bora Bora erreichte Platz 37 in der Liste der „World’s Best Hotels 2011“. Noch besser als das „InterConti“ bewerteten die Leser die „Posada de Mike Rapu“, eine Art Farm mitten im trockenen Inneren der Osterinsel. Das von „Explora Rapa Nui“ betriebene Hotel kam auf den 13. Platz.

Info: Das in New York seit 1937 herausgegebene Magazin „Travel and Leisure“ bedient das Luxussegment und wird von 4,8 Millionen Menschen monatlich gelesen. Jährlich können die Leser der Zeitschrift über die 100 besten Luxushotels weltweit abstimmen. (*Tahitipresse* 09.07.11, <http://www.travelandleisure.com/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Tag des Gebets am 26. August

Der stellvertretende Premierminister Sam Abal hat den 26. August zum „Nationalen Tag des Gebets“ erklärt, weil an diesem Tag Sir Michael Somare die Verankerung des christlichen Gottesbezugs in der damals neuen Verfassung unterzeichnet hatte.

„Der 26. August soll ein Tag des Gebets sein, an dem wir Gott preisen für den reichen Segen, den er auf unser Land gelegt hat“, sagte er und rief seine Landsleute auf, für die Regierung zu beten. „Wir alle streben ein Land an, in dem die Führung gottesfürchtig und gerecht ist. Korruption und gesellschaftliche Krankheiten fliehen, wenn die Rechtschaffenen regieren“, betonte er. (*The National* 20.07.11)

Lasst Gott unsere Führer führen

Damit sich das Land weiter entwickeln kann, brauche es gute und gottesfürchtige Führungsgestalten, sagte Michael Pundia, Gouverneur der Western Highlands Provinz. Er habe die Nase voll von Leuten, die nur leere Versprechungen machten und sich nach den Wahlen nicht mehr daran hielten. (*The National* 07.07.11)

Pfarrer sollte beten, nicht Politik spielen

Der Parlamentsabgeordnete James Lagea rief Pfarrer Yake Pua auf, lieber für Frieden in seiner Provinz zu beten, anstatt Politik

zu spielen. Der Pfarrer hatte die Regierung dazu aufgefordert, endlich den Stammeskrieg in seinem Wahlkreis zu beenden, der bereits 23 Menschenleben gekostet hat. *(The National 20.04.11)*

ELC-PNG

125 Jahre

Nach 125 Jahren Missions- und Kirchengeschichte zählt die ELC-PNG heute etwa 1,2 Millionen Mitglieder. „In dieser Zeit gingen wir durch viele Höhen und Tiefen“, betonte der Generalsekretär der Kirche, Albert Tokave „und wir müssen uns heute den neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen unseres Landes stellen“.

1886 hatte der Neuendettelsauer Missionar Johann Flierl in Simbang erstmals Neuguinea betreten und mit der Missionsarbeit begonnen, die erst nach 13 Jahren zu den ersten beiden Taufen führte. *(The National 12.07.11)*

Mehr Engagement in der Jugendarbeit

Die Kirche müsse sich stärker um die Jugendlichen kümmern, forderte der Rechtsanwalt und prominente Kirchenmitglied Kelly Naru. Seit Jahren nehmen zunehmend weniger Kinder und Jugendliche am Kindergottesdienst oder an Jugendgruppen teil. Über die Intensivierung der klassischen kirchlichen Jugendarbeit hinaus regte er auch an, begabte Jugendliche z. B. durch Stipendien zu unterstützen und so künftige Führungseliten heranzubilden, die einen deutlich kirchlichen Hintergrund mitbringen. *(The National 13.07.11)*

10.000 Kina für Kirchenbänke

Mit einer großzügigen Spende in Höhe von 10.000 Kina (ca. 3.000 Euro) hat Kelly Naru die Anschaffung von 40 Kirchenbänken für

drei Kirchen in der Pfarrei Malalo unterstützt. „Christen, speziell Lutheraner, sollten etwas von dem an die Kirche zurückgeben, was sie von Gott geschenkt bekommen haben, und so ihren Glau- ben ganz praktisch zum Aus- druck bringen“, antwortete er auf die Frage nach seinen Motiven für die Spende. *(The National 13.07.11)*

Neue Dienstwagen eingeweiht

Bei der Einweihung von zwei neuen Fahrzeugen für das Modilon Krankenhaus in Madang rief Pfarrer Nason Obert das Personal dazu auf, die Fahrzeuge nicht für private Zwecke zu missbrauchen. Die Fahrzeuge sind dazu bestimmt, Kranke zu transportieren und medizinisches Material zu beschaffen und an nachgeordnete Gesundheitszentren zu verteilen. *(The National 27.07.11)*

Regierung soll den Zehnten geben

Zau Rapa, der stellvertretende Bischof der ELC-PNG, forderte von der Regierung, sie solle 10% ihres Haushalts für die Arbeit der Kirchen im Land bereitstellen. Damit solle der Beitrag der Kirchen zur Entwicklung des Landes unterstützt werden. „Wenn die Regierung und die Abgeordneten die Verfassung ernst nehmen, in der es heißt, dass PNG ein christliches Land ist, dann sollten sie jedes Jahr den Zehnten für diese Aufgaben vorsehen“, betonte er im Rahmen der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Jubiläum der Kirche. *(Post-Courier 13.07.11)*

Finanzbericht wird vorliegen

James Pena, Leiter der Finanzabteilung der Kirche, kündigte an, dass zur nächsten Synode im Januar 2012 in Goroka ein um-

fassender Finanz- und Rechnungsprüfungsbericht vorliegen werde. Misswirtschaft und Korruptionsverdacht auf unterschiedlichen Ebenen der Kirche hätten deutliche negative Auswirkungen auch auf den Glauben und das Vertrauen der Gläubigen. Er werde seine Aufgabe ohne Furcht vor bestimmten Personen und ohne Bevorzugung irgendwelcher Interessensgruppen erfüllen, betonte er bei einer Gemeindeveranstaltung. *(The National 04.05.11)*

RÖM.-KATH. KIRCHE

Bischofskonferenz

Bereits Anfang Mai hat die Kath. Bischofskonferenz der Erzdiozesen in PNG und den Solomon Islands getagt. Dabei ging es um die Dienste der Kirche für die Gesellschaft und insbesondere um die Zusammenarbeit mit der Regierung im Gesundheits- und Bildungsbereich. Die 22 Bischöfe trafen sich in Port Moresby zu intensiven Gesprächen mit hochrangigen Regierungsvertretern. *(The National 03.05.11)*

Kein Missbrauch von Verfügungsgeldern

Die Bischofskonferenz rief die Abgeordneten dazu auf, ihre freien Verfügungsgelder transparent und verantwortungsvoll einzusetzen. Diese Gelder dürften auf keinen Fall für Wahlkampfgeschenke oder den Kauf von Stimmen eingesetzt werden, sondern sie sollten der nachhaltigen Entwicklung in den jeweiligen Wahlkreisen eingesetzt werden. Andernfalls sei dies „mit der Würde des Amtes eines Abgeordneten nicht vereinbar“. *(The National 17.06.11)*

Sr. Rose Bernard geht

47 Jahre lang hat sie im Westlichen Hochland gedient, zuletzt in der HIV/Aids-Arbeit. Nun ist Sister Rose Bernard Anfang Mai

in die USA zurückgekehrt. 1964 war sie als Grundschullehrerin nach PNG gekommen. Als sie 1985 erstmals mit HIV/Aids in Verbindung kam, hatte sie sich die Aufklärung und Fürsorge für betroffene Menschen zu einem persönlichen Anliegen gemacht. Sie entwickelte Unterrichtsmaterial und Kampagnen zu diesem Thema und trug wesentlich dazu bei, dieses Thema öffentlich ins Bewusstsein zu bringen und zu diskutieren. (*The National 10.05.11*)

Fr. William Schuerman verabschiedet

Bei seinem Abschied betonte Pater Schuerman, Kirche und Staat sollten im Gesundheitsbereich eng zusammenarbeiten und kein Konkurrenzdenken aufkommen lassen. Schuerman war 1961 in Deutschland zum Priester des Ordens der „Missionare vom Heiligsten Herzen Jesu“ (MSC) geweiht worden und zwei Jahre später in die katholische Missionsstation nach Vunapope auf der Insel Neubritannien gekommen. 35 Jahre lang leitete er das „St. Mary's Vunapope Hospital“ als Vorsitzender des Aufsichtsrats. Nun kam er aus gesundheitlichen Gründen nach Deutschland zurück. (*The National 06.06.11*)

PAZIFISCHE KIRCHENKONFERENZ

PCC feiert goldenes Jubiläum

Die Pazifische Kirchenkonferenz (PCC) begeht vom 30. August bis zum 4. September im „Malua Theological College“ auf Samoa ihr 50-jähriges Jubiläum. In Malua war 1961 die Konferenz als ökumenischer Zusammenschluss von Vertretern pazifischer Kirchen und Kirchenräte gegründet worden. Heute gehören der PCC 28 Mitgliedskirchen und neun Nationale Kirchenräte an. Damit vertritt die PCC rund 6,5 Millionen Christen in Ozeanien.

Zu den knapp einwöchigen Feierlichkeiten werden Vertreter aller pazifischen Mitgliedskirchen erwartet. Die Eröffnungsrede hält Rev. Olav Tveit Fyske, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aus Genf, bei dem die PCC Mitglied ist. Höhepunkt der Veranstaltung dürfte eine gemeinsame Kava-Zeremonie aller ehemaligen und des gegenwärtigen Generalsekretärs der PCC, Fei Tevi, werden. Zu den Gastrednern gehört auch John Doom, ehemaliger Pazifikreferent des ÖRK und inzwischen Koordinator der tahitischen Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“. Doom wird über die Geschichte der französischen Atomtests im Pazifik und das „nukleare Erbe“ referieren.

Aus Deutschland nehmen Constanze Ennen aus dem Pazifik-Referat des Evangelischen Missionswerkes Hamburg und Julia Ratzmann von der Pazifik-Informationsstelle an der Konferenz teil. Ratzmann wird im Namen des Pazifik-Netzwerkes die englische Übersetzung der Atomtest-Ausstellung „Kein Bravo für Bikini“ als Gastgeschenk an die PCC überreichen. Die Ausstellung kann dann vom für Atomfragen zuständigen Referatsleiter bei der PCC zu Bildungszwecken verwendet werden. (*Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: eigene Recherche, PCC Jubiläumsprogramm, www.pcc.org.fj*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Neue Kirchenzentrale

Samoa: Die „Worship Centre Church“ hat den Grundstein für ein neues Kirchenzentrum in Sogi gelegt. Premierminister Tuilaeapa Sa'ilele Malielegaoi hielt die Grundsatzrede und betonte den wichtigen Beitrag der Kirchen für die ganze Gesellschaft. Der Neubau kostet mehrere Hunderttausend Euro. (*Pacific Islands Report 07.07.11*)

Gebäude oder Menschen

Tonga: Rev. Dr. Mohenoa Puloaka von der „Free Wesleyan Church of Tonga“ hat sich massiv dagegen ausgesprochen, dass die Kirche deutlich mehr Geld in Gebäude und materielle Projekte steckt als in die Entwicklung von Menschen. In den nächsten drei Jahren solle die Kirche verstärkt „Menschen besuchen, sie weiterbilden, für sie beten und ihre Seelen retten“, betonte er gegenüber der Presse. „Wir bauen ein Königreich aus Ziegeln, Holz und Steinen, das verrotten und morgen schon zerstört sein wird. Das Königreich Gottes ist endlos, und das ist es, was wir aufbauen sollten“, sagte er. (*Pacific Islands Report 07.06.11*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • TahitiPresse • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120